BSW Landesverband
Brandenburg

Bündnis **Sahra Wagenknecht**

Brandenburg – vernünftig und gerecht.

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024

Inhalt

03 | **Vorwort Sahra Wagenknecht**

06 | **Frieden**

08 | **Sicherheit, Bürgernähe und freie Meinungsäußerung**

- Lebenswerte Kommunen
- Bürgernahe Polizei
- Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz
- Solide Finanz- und Strukturpolitik
- Für eine effektive und schnelle Justiz
- Unkontrollierte Migration stoppen
- Lehren aus der Corona-Zeit
- Offene und vielfältige Kultur
- Sorben und Wenden
- Demokratische Teilhabe
- Verwaltung – öffentliche Dienstleistung
- Bürokratieabbau

21 | **Soziale Gerechtigkeit**

- Gesundheit, Pflege und Teilhabe
- Wohnen

27 | **Bildung**

- Schule
- Krippe, Kita, Hort
- Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams
- Rahmenbedingungen für gute schulische Bildung
- Hochschulen und Wissenschaft

34 | **Wirtschaftliche Vernunft**

- Arbeit
- Ausbildung
- Wirtschaft
- Landwirtschaft
- Ländlicher Raum und Tourismus
- Verkehrspolitik

Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit
Glinkastr. 32 · 10117 Berlin · www.bsw-vg.de
Landesverband Brandenburg

Vorwort

Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,

am 22. September geht es um einen echten Neubeginn für Brandenburg.

Als Vorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) verspreche ich Ihnen: Mit uns gibt es nach der Wahl kein Weiter so bürgerferner Politik in Ihrem Bundesland, sondern mit uns geht es wieder um Ihre ganz konkreten Probleme und Hoffnungen.

Je stärker das BSW am 22. September in Brandenburg wird, desto mehr können wir für Sie erreichen. Die Chance auf dringend notwendige Veränderungen ist real. Je stärker das BSW wird, desto mehr Vernunft und Gerechtigkeit ziehen in den Potsdamer Landtag ein. Eine starke BSW-Fraktion dort wäre auch ein klares Signal nach Berlin, wo die Bundesregierung tagtäglich dabei ist, Land und Leute mit ihrer undurchdachten Politik zu ruinieren.

Unser Land wird zweifellos von der schlechtesten Koalition regiert, die die Bundesrepublik je hatte. Arrogant, ideologiegetrieben, inkompetent! Die Wirtschaft schrumpft, Unternehmen wandern ab. Der Industriestandort Deutschland und hunderttausende Arbeitsplätze sind in Gefahr – auch hier in Brandenburg. Kaufkraft und Wohlstand wurden bereits durch die hohe Inflation vernichtet. Das überfordert gerade diejenigen mit geringen Einkommen oder schmalen Renten.

Ob Heizgesetz, Verbrenner-Verbot, die weiterhin unkontrollierte Migration oder die desaströse Energiepolitik: Ideologie und Planlosigkeit treiben diese Regierung an, nicht die Lösung der Probleme der Menschen. Es ist kein Wunder, dass unser Land sozial und politisch gespalten ist. Denn die Politik der Bundesregierung, die die Sorgen und Nöte der Bürger und Familien offenkundig vielfach noch nicht einmal kennt, zerstört das Vertrauen in den Staat.

Aber es gibt etwas, das tatsächlich noch gefährlicher wäre als die Ampel: eine Koalition aus CDU/CSU und Grünen im Bund. Mit dieser Koalition würden auch noch die letzten militärischen Hemmungen fallen. Jede Stimme für die CDU bei der Landtagswahl in Brandenburg ist auch Rückenwind für Friedrich Merz, der uns durch die Lieferung von Taurus-Raketen noch tiefer in den Ukraine-Krieg hineinziehen möchte. Wer CDU wählt, wählt auch Politiker wie Roderich Kiesewetter, der „den Krieg nach Russland tragen“ und die Ukraine befähigen möchte, staatliche Einrichtungen in Moskau mit deutschen Waffen in Schutt und Asche zu legen. Dieser Wahnsinn darf nicht unterstützt, er muss gestoppt werden.

Die Politik, immer mehr Waffen an die Ukraine zu liefern, die auch Ministerpräsident Woidke unterstützt, ist gescheitert. Abermilliarden an hart erarbeitetem Steuergeld sind in diesem Krieg, in dem schon lange nicht mehr gesiegt, sondern nur noch gestorben wird, verbrannt. Und die Wirtschaftssanktionen schaden vor allem uns und unserer Wirtschaft, der günstige Energie vorenthalten wird.

Bestes Beispiel ist die PCK-Raffinerie in Schwedt, deren Fortbestand von planlosen Berliner Regierungspolitikern aufs Spiel gesetzt wird.

Statt unser Land „kriegstüchtig“ zu machen mit einer Militarisierung bis in die Schulen hinein, braucht es eine Rückbesinnung auf die friedliche Beilegung von Konflikten und Kriegen. In der Ukraine braucht es endlich einen Waffenstillstand und Verhandlungen, wie der Papst und viele Staaten sie vernünftigerweise fordern.

Gegen eine Politik, die die Zukunft unseres Landes gefährdet und die direkte Kriegsgefahr für Deutschland erhöht, haben wir eine neue Partei gegründet: das Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit. Das sind die Prinzipien, die unser Handeln leiten.

In der Wirtschaftspolitik muss wieder Vernunft Einzug halten, statt den Bürgern E-Autos und Wärmepumpen aufzuzwingen, die sich die meisten schlicht nicht leisten können. Löhne und Renten sind in Deutschland für zu viele zu niedrig, Steuern und Abgaben sind dagegen für Normalverdiener und Durchschnittsrentner zu hoch! Statt Freiheit und die Meinung des anderen zu achten, hat sich ein grün-autoritärer Politikstil ausgebreitet, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben und zu sprechen haben. Auf der anderen Seite lernen immer weniger Kinder in unseren Schulen auch nur richtig lesen, rechnen und schreiben. All das gefährdet Gemeinsinn und Zusammenhalt und damit die Zukunft unseres Landes.

Wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik, Meinungsvielfalt und ein Stopp der unkontrollierten Migration sind wichtige Schwerpunkte unserer Partei. In Brandenburg leiten fünf zentrale Forderungen unser Handeln:

1. Ihre Stimme für das BSW in Brandenburg ist eine Stimme gegen ein Weiter so der etablierten Parteien, gegen das Potsdamer Kenia-Chaos. Wir werden uns kompromisslos für Frieden einsetzen. Dafür, dass der Krieg in der Ukraine über einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen endet und die Gefahr eines dritten Weltkriegs gebannt wird.

2. Ihre Stimme für das BSW in Brandenburg ist eine Garantie dafür, dass künftig die Interessen von Familien, Arbeitnehmern, Unternehmern und Rentnern im Mittelpunkt der Politik Brandenburgs stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Industrie geschützt und unser Mittelstand von Bürokratie entlastet wird, dass künftig kein Arbeitnehmer in Brandenburg weniger als 14 Euro in der Stunde verdient und kein Rentner mit einer gesetzlichen Rente unterhalb von 2.000 Euro Steuern bezahlen muss.

3. Ihre Stimme für das BSW in Brandenburg ist eine Stimme für exzellente Schulen, in denen jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die besten Bildungschancen erhält. Mit uns gibt es eine Rückbesinnung auf das Erlernen der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen und ein konsequentes Genderverbot an Schulen und Behörden! Handys und Tablets, die den Wissenserwerb nachweislich erschweren, werden wir mindestens bis zum Ende der 4. Klasse aus den Klassenzimmern der Grundschulen verbannen.

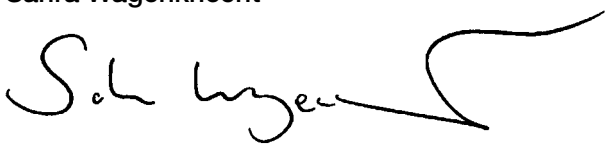
4. Ihre Stimme für das BSW in Brandenburg ist eine Stimme gegen die unkontrollierte Migration, die Kommunen und Bürger heillos überfordert. Mit uns gibt es Kontrolle und Begrenzung ohne Diskriminierung und Rassismus. Der zunehmenden Ausländerkriminalität begegnen wir mit einer bürger-

nahen Polizei und einer effektiven und schnellen Justiz. Wer sich nicht an Recht und Gesetz hält, muss das Land verlassen.

5. Ihre Stimme für das BSW in Brandenburg ist eine Stimme für Meinungsfreiheit und gegen Cancel Culture, eine Stimme für die konsequente Aufarbeitung der Fehler der Corona-Zeit durch einen Corona-Untersuchungsausschuss im Bundestag. Ein solcher Ausschuss sollte u.a. Herrn Lauterbach und Herrn Drosten vorladen. Monatelange Kita- und Schulschließungen, der unsägliche Umgang mit Altenheimen und die Ausgrenzung Andersdenkender sind aufzuarbeiten. Wer wegen Nichtbefolgung abstruser Regeln mit Geldbußen belegt wurde oder an den Folgen der Impfung leidet, muss entschädigt werden.

Das sind unsere Ziele. Wir werben um Ihr Vertrauen.

Ihre
Sahra Wagenknecht



Frieden

Nie seit Ende des Kalten Krieges war die Kriegsgefahr in Europa so groß. Auch die Menschen in Brandenburg blicken deshalb mit Sorge in die Zukunft. Unser Land leidet bis heute unter den Folgen der Weltkriege; nicht nur in Oranienburg sind die Narben der Kriege präsent und gefährden immer noch Menschen. Obwohl uns die Schlachten von Halbe und den Seelower Höhen mahnen, soll mit der Zeitenwende der Ampel Deutschland und auch Brandenburg wieder kriegstüchtig gemacht werden. Über die Brücken von Oder und Neiße, brandenburgische Straßen und Schienen rollt wieder Kriegsmaterial gen Osten. Für immer größere Militärmanöver in Brandenburg werden vermehrt Landes- und Verteidigungsübungen abgehalten, in Holzdorf sollen Arrow-3 Raketen stationiert werden. Wir leben im Herzen Europas und sind auf gedeihliche Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz angewiesen. Ein neuer Kalter Krieg mit extremer Aufrüstung und immer weitergehenden Wirtschaftssanktionen ist eine Gefährdung unserer Zukunft, unseres Wohlstands und unserer Existenz.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen. Frieden in Europa lässt sich dauerhaft nur dann verwirklichen, wenn die Sicherheitsinteressen aller Seiten respektiert werden. Jahrzehntelang hat die NATO das missachtet. Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt sich für eine Friedens- und Außenpolitik ein, die die Erreichung gemeinsamer Sicherheit in Europa anstrebt.

Die Verantwortung vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der Brandenburger Weg im deutschen Einigungsprozess verpflichten uns, zur Beilegung von Konflikten stets den Weg der Diplomatie, des Miteinander-Redens, einzufordern. Aus der gefährlichen Spirale der Konfrontation und der Verschwendung von Milliardengeldern für Waffen gibt es nur einen vernünftigen Ausweg: Deeskalation und neue Abrüstungsverträge. Die Bundeswehr muss ihren grundgesetzlichen Auftrag erfüllen können und dafür angemessen ausgestattet sein – ihre adäquate Ausrüstung, nicht ihre Vergrößerung und Aufrüstung, muss das Ziel der Verteidigungspolitik sein.

Die Entsendung von Kampfeinheiten der Bundeswehr an die NATO-Ostflanke, z.B. nach Litauen, erfüllt uns mit tiefer Sorge. Ebenso die immer stärkere militärische Nutzung von Bahnhöfen und Flughäfen. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Panzerkolonnen durch unsere Straßen fahren und Kampfflugzeuge über unsere Köpfe fliegen. Der zunehmende Gebrauch unserer Infrastruktur für Militärtransporte durch Brandenburg verursacht Schäden in Millionenhöhe.

Das sinnlose Embargo gegen Russland, gerade beim Import von Energieträgern, muss beendet werden. Es verteuert die Lebenshaltung unserer Menschen und schadet unserer Wirtschaft. Das Embargo gefährdet die Industrieproduktion in Brandenburg durch Entzug von Rohstoffen und eine Explosion der Energiepreise. Es ist unverantwortlich, die industriellen Leuchttürme unseres Landes, wie die PCK-Raffinerie in Schwedt, ArcelorMittal (ehemals EKO) Eisenhüttenstadt oder BASF in Schwarzheide, aufs Spiel zu setzen und Neuansiedlungen durch unwirtschaftliche Energiekosten zu verhindern.

Eine Stimme für die Ampelparteien oder die CDU bei der Landtagswahl ist auch Rückenwind für diejenigen, die uns durch die Lieferung von Taurus-Raketen noch tiefer in den Ukraine-Krieg hineinziehen wollen. Sie ist eine Stärkung von Politikern, wie Roderich Kiesewetter, der „den Krieg nach Russland tragen“ und die Ukraine befähigen möchte, staatliche Einrichtungen in Moskau mit deutschen Waffen in Schutt und Asche zu legen. Dieser Wahnsinn darf nicht unterstützt, er muss gestoppt werden.

Auch deshalb braucht es uns als neue Friedenspartei in Deutschland und in Brandenburg!

Wir wenden uns gegen die den Krieg anheizende Rhetorik in der Bundes- und Landespolitik. Der Kriegslogik muss endlich wieder die sachliche Argumentation des Interessenausgleichs entgegengestellt werden.

Krieg ist die Fluchtursache Nummer 1: Wenn in Zukunft noch mehr Flüchtlinge aus Kriegsgebieten zu erwarten sind, betrifft uns das in den Städten, Gemeinden und Kreisen Brandenburgs direkt.

Wir in Brandenburg sind aus vielen Gründen gehalten, laut für Frieden und gegen Kriegsgewalt in Brandenburg, Europa und weltweit Stellung zu beziehen. Mit der „Zeitenwende“ werden zusätzliche Milliarden in Waffen statt in Krankenhäuser, Bildung und Infrastruktur investiert.

Unsere wichtigsten Vorhaben und Forderungen:

- Wir werden in Brandenburg unsere Stimme dafür erheben, dass die Bundesregierung endlich selbstständig diplomatisch aktiv wird, um militärische Konflikte zu beenden, statt mit Waffen und Sanktionen Fluchtursachen zu verschärfen.

- Gerade im Krieg darf die Idee der Völkerverständigung nicht aufgegeben werden. Auch von Brandenburg aus müssen wir Initiativen zur Verständigung fortsetzen, z.B. Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, Begegnungen von Wissenschaftlern, (zivil-)gesellschaftlichen Organisationen und Wirtschaftsverbänden. Regionales Friedensengagement, wie die lokalen Friedensnetze, sind von der Landesebene zu unterstützen.

- Die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen in Brandenburg werden wir nicht fördern.

- Wir wenden uns gegen eine schleichende Militarisierung unserer Schulen. Die Bundeswehr hat geeignete Informationszentren zur Verfügung. An brandenburgischen Schulen brauchen wir mehr Lehrer und keine Nachwuchsanwerbung durch Offiziere.

Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit
Glinkastr. 32 · 10117 Berlin · www.bsw-vg.de
Landesverband Brandenburg

Sicherheit, Bürgernähe und freie Meinungsäußerung

Wir wollen in Brandenburg mit unserer neuen Partei die demokratische Willensbildung wiederbeleben, demokratische Mitbestimmung ausweiten und persönliche Freiheit schützen. Rechtsextreme, rassistische und gewaltbereite Ideologien jeder Art lehnen wir ab. Cancel Culture, Konformitätsdruck und die zunehmende Verengung des Meinungsspektrums sind unvereinbar mit den Grundsätzen einer freien Gesellschaft. Das Gleiche gilt für den neuen politischen Autoritarismus, der sich anmaßt, Menschen zu bevormunden und zu erziehen, ihren Lebensstil oder ihre Sprache zu reglementieren.

Brandenburg hat sich in der Zeit nach 1990 durch den besonderen Brandenburger Weg ausgezeichnet. Brandenburgs Bürger sind sich bewusst, dass es zur Sicherung dieser Freiheit Regeln im Miteinander und eines funktionierenden Staates bedarf. Diese Regeln müssen für alle gelten.

Die seit fast 34 Jahren ununterbrochen von der SPD geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren ihre wichtigsten Aufgaben derart vernachlässigt, dass viele Bürger unzufrieden und frustriert sind. Probleme bleiben liegen und Entscheidungen werden vertagt. Menschen werden in „rechts“ oder „links“ eingeteilt. Diese Art alter ideologischer Auseinandersetzung haben wir längst hinter uns gelassen, denn wir wollen mit allen Menschen unseres Landes die Probleme angehen, die die etablierten Parteien seit vielen Jahren ignorieren.

Zur Sicherung der Freiheit in Brandenburg gehören **starke handlungsfähige Kommunen**, eine bürgernahe und leistungsfähige Polizei, ein moderner Brand- und Katastrophenschutz, eine **effektive und schnelle Justiz**, eine deutliche Begrenzung und **klare Steuerung von Migration** und die Durchsetzung von Integration sowie eine **offene und vielfältige Kultur** im Flächenland Brandenburg. Wir wollen den gesellschaftlichen Frieden wiederherstellen und Polarisierungen beenden.

1. Lebenswerte Kommunen

In Städten und Dörfern erleben die Menschen unmittelbar, was Demokratie und Mitbestimmung bedeuten. Hier spüren sie, was gut läuft und was nicht. In Brandenburg sind die Probleme offensichtlich: Wachstumsschmerzen am Berliner Rand, Schrumpfung in den berlinfernen Regionen. Nicht selten sind Kommunen nicht mehr in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen. Hier ist ein deutliches Umsteuern nötig. Unsere Infrastruktur braucht mehr Investitionen.

Dafür bedarf es zuallererst einer grundlegenden Reform der kommunalen Finanzierung. Kreise, Städte und Gemeinden leben zu großen Teilen gerade von Steuern, die konjunkturabhängig sind: Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer. Wir sind für eine Neuausrichtung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen. Nötig ist eine auskömmliche, am Bedarf orientierte Finanzierung, die auch regionale Unterschiede stärker berücksichtigt.

Das Land muss eine ständige Grundfinanzierung für Investitionen in die Daseinsvorsorge, unabhängig von Förderprogrammen und mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Brandenburg, sichern. Dies gilt auch für verschuldete Kommunen und solche in der Haushaltssicherung. Durch eine grundlegende Reform des Kommunalabgabenrechts muss eine effektive, rechtssichere und nachhaltige Refinanzierung eigener Aufgaben und Leistungen, unabhängig vom Zustand der Landesfinanzen, eröffnet werden. Für die Neufassung sind, statt ideologischer Beschränkungen, die Erfahrungen anderer Bundesländer aufzunehmen.

Die Kommunen werden durch soziale Schieflagen in unserem Land immer stärker mit Sozialausgaben belastet. Hierzu zählen die steigenden Kosten für die Hilfen zum Lebensunterhalt, die Hilfen zur Pflege und die Hilfen zur Erziehung. Das Bündnis Sahra Wagenknecht Brandenburg setzt sich deshalb für eine nachhaltige und gerechtere Verteilung der sozialen Lasten ein. Die Kommunen müssen für die besonders in den letzten Jahren massiv gestiegenen Sozialausgaben eine adäquate Entlastung ihrer Haushalte erfahren.

Die Kommunen sind einer überbordenden Bürokratie ausgesetzt. Kaum etwas geht ohne Fördermittel, die mit großem Aufwand und Kosten beantragt und abgerechnet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird. Mit der Vergabe oder Nichtvergabe von Fördermitteln wird in die Kommunen hineinregiert, sie sollen zukünftig selbst die Prioritäten ihrer Ausgaben festlegen. Gemacht werden soll, was gebraucht wird und nicht das, wofür gerade Fördermittel da sind. Dafür sind den Kommunen verlässlich und dauerhaft die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Das Land muss im Bereich der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben eine stärkere Unterstützungsfunktion für die kommunale Ebene, beispielsweise im Kita- und Schulbereich, bei Bauplanungs- und Bauordnungsangelegenheiten sowie im Kommunalabgabenbereich, etablieren.

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung müssen die besonderen Strukturunterschiede im Land Brandenburg mehr Beachtung finden. Stark wachsende Kommunen brauchen einen anderen Rechtsrahmen für ihr Handeln als die Kommunen, die immer noch Einwohnerverluste erleiden. Interkommunale Zusammenarbeit ist mit dem Ziel der Selbsthilfe zu fördern.

Die unmittelbare Mitwirkung der Menschen in ihren Kommunen muss einfacher werden. Formvorschriften und Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide, Bürgerinitiativen und -anträge sind zu senken, die Verbindlichkeit des Bürgerwillens muss gesichert sein. Die Missachtung des Bürgerwillens führt zu noch mehr Politikverdrossenheit. In vielen Brandenburger Kommunen gibt es Bürgerhaushalte oder -budgets. Wir sind für die Ausweitung dieser Instrumente direkter Einflussnahme auf die örtlichen Entscheidungen. Wer mitentscheiden kann, achtet das Resultat mehr. Die Demokratie

vor Ort wird gestärkt.

Wir stehen für eine Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Privatisierungen und Ausgliederungen, die oft nur der Tarifflucht dienen, lehnen wir ab. Gesundheit, Wohnen, Energie-, Abfall- sowie Wasserver- und -entsorgung dürfen nicht der Profitmacherei dienen. Die Kommunen müssen chancengleiche Handlungsmöglichkeiten erhalten und Betätigungsbeschränkungen sind aufzuheben.

In den Städten und Dörfern sind die Menschen zu Hause. Hier sollen sie ein attraktives Wohnumfeld vorfinden. Dazu gehört eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, aber auch eine ausreichende Zahl an Einkaufsmöglichkeiten, kulturellen, sportlichen und gastronomischen Einrichtungen. Wir wollen dazu alternative Betreibermodelle, wie z. B. Genossenschaften, fördern. Dies muss auch in kleinen Gemeinden gewährleistet sein, um den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten.

Unsere Ziele:

- Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung wollen wir der Profitmacherei entziehen und kommunale und gemeinnützige Anbieter fördern.

- Perspektivisch brauchen wir eine Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge, um Bürger vor Überteuerung und einem Herunterwirtschaften zu schützen.

- Eine Reform des Finanzausgleichsgesetz zur Absicherung der kommunalen Selbstverwaltung und Neuausrichtung der Beziehungen zwischen Kommunen und Land.

- Die langfristige finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Bewältigung und den Ausbau der sogenannten „freiwilligen“ Leistungen als Soll-Planstellen.

- Behebung des Investitionsstau in den Kommunen, ausreichende und grundständige Finanzierung.

- Abbau von Bürokratie bei der Vergabe von Fördermitteln für die Kommunen.

- Stärkung von Bürgerhaushalten und Möglichkeiten direkter Einflussnahme von Bürgern auf die kommunale Politik.

2. Bürgernahe Polizei

Sicherheit ist die Grundlage für die Freiheit der Menschen in unserem Land und für das friedliche Zusammenleben. Alles staatliche Handeln muss dem Schutz der Menschen und ihrer Bürgerrechte dienen.

Wir stehen für eine vernünftige Balance zwischen Sicherheit und Freiheit. Einen übergriffigen Staat lehnen wir ab, weshalb immer die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die universelle Unschuldsvermutung gelten müssen. Jedermann soll sich in der Öffentlichkeit frei entfalten können, ohne Angst vor Beobachtung und Überwachung.

Mehr Polizisten auf der Straße sind eine größere Hilfe als mehr Videokameras. Die Polizei soll bürgernah agieren und präventiv handeln. Sie muss im Bedarfsfall überall und schnell verfügbar sein. Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Brandenburg, gerade in der Metropolregion und im Grenzbereich, muss ernst genommen werden. Die Polizei muss über eine angemessene Personalausstattung und Strukturen vor Ort im gesamten Land verfügen, vor allem im Revier-, Streifen- und Ermittlungsdienst. Den Polizisten des Landes Brandenburg gebührt Respekt und mehr gesellschaftliche Anerkennung. Dazu bedarf es auch einer Anpassung an aktuelle Entwicklungen und einer Abkehr der Politik von Stellenstreichungen und Wachenschließungen. Sämtliche jetzt noch vorhandenen Polizeiwachen müssen zwingend erhalten werden. Vor Ort braucht es mehr Revierpolizisten.

Eine qualitativ hochwertige Aus- und Fortbildung der Polizei ist die Grundlage für ihr professionelles Handeln. Dazu gehört der weitere

Ausbau der Polizeihochschule in Oranienburg mit dem Ziel, den Bedarf an qualifiziertem Polizeinachwuchs im Land zu decken. Um die Attraktivität des Polizeiberufs zu stärken, bedarf es motivationssteigernder Instrumente. Aufstiegschancen müssen verbessert werden. Eine Regelbeförderung sollte gewährt werden. Zulagen, etwa für Nachtschichten, sind zu niedrig. Darüber hinaus soll eine aktive und ganzheitliche Gesundheitsprävention die Leistungsfähigkeit der Beamten erhalten.

Um die Bürger vor Bespitzelung und Manipulation zu schützen, setzen wir uns für eine Begrenzung der Befugnisse des Verfassungsschutzes ein. Ausschließlich verfassungsfeindliche Bestrebungen im Bereich des politischen oder religiösen Extremismus dürfen Gegenstand der Beobachtung sein und müssen mit aller Konsequenz bekämpft werden. Eine Ausweitung der Befugnisse auf nichtkonforme Meinungen, um Druck zu erzeugen, lehnen wir ab. Wir wollen die Handlungsmöglichkeiten der Parlamentarischen Kontrollkommission über alle Aktivitäten des Verfassungsschutzes stärken. Das beinhaltet auch eine Abschaffung des sogenannten Verfassungstreue-Checks.

Unsere Ziele:

- Bürgernahe und gut ausgestattete Polizei, die sichere Straßen, Plätze, Bahnhöfe und Parks für alle Bürger, in allen Wohnvierteln sowie den Grenzregionen gewährleistet.

- Nachwuchsförderung und ausreichend Ausbildungsplätze verbunden mit besseren Aufstiegschancen bei der Polizei.

- Beschränkung der Befugnisse des Verfassungsschutzes auf seinen verfassungsgemäßen Auftrag, Abschaffung des Verfassungstreue-Checks.

3. Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Im Bereich der Notfallhilfe durch Feuerwehr, Rettungsdienst und die verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes setzen wir uns für die Einheit von guter Ausstattung, reichhaltiger Qualifikation und breiter Würdigung des Engagements der Einsatzkräfte ein. Oftmals leisten diese ihren Dienst ehrenamtlich, und haben bei ihrer Tätigkeit ein weit höheres Unfallrisiko als viele andere Berufsgruppen. Ein derartiger Dienst an der Gesellschaft muss eine angemessene Wertschätzung erfahren. Daher setzen wir uns für eine Ausweitung der Vergünstigungen für Ehrenamtler in den verschiedensten Lebensbereichen ein.

Beschaffungsmaßnahmen der Kommunen, insbesondere im Bereich der Anschaffung technischer Infrastruktur (Fahrzeugpark, Speziallöschtechnik Löschwassernetz), müssen vom Land stärker unterstützt werden. Die Besonderheiten unseres Landes bei den Waldbrandrisiken müssen sich in der Struktur und Finanzierung der Brandbekämpfung niederschlagen. Dies muss schnell auf den Weg gebracht werden. Die gegenwärtigen Bearbeitungszeiten von Fördermittelanträgen von teilweise mehr als 2 Jahren sind inakzeptabel.

Wir verwehren uns gegen jedes Handeln, dabei auch jegliche Form von Straßenblockaden, beispielsweise durch sogenannte „Klimakleber“, das dazu führt, dass die Arbeit unserer Rettungskräfte behindert wird. Das und gewalttätige Übergriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte müssen härter bestraft werden.

Auch im Bereich der Führungsausbildung besteht dringender Handlungsbedarf. Die Landesschule und technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz des Landes Brandenburg ist seit vielen Jahren nicht in der Lage, den bestehenden Ausbildungsbedarf an Führungskräften zu decken. Daher ist zwingend eine Erweiterung der Kapazitäten der Landesschule sowie die zusätzliche Einstellung von

Lehrkräften erforderlich. Zudem müssen Weiterbildungen im Bereich medizinischer und Brandschutz- sowie Hilfeleistungskenntnisse gefördert werden. Ehrenamtlich Tätige müssen stärker vor beruflichen Nachteilen geschützt werden. Die politische Instrumentalisierung des Katastrophenschutzes als Werbung für die Führbarkeit von Kriegen sowie für die Notwendigkeit einer vergrößerten Armee für zivile Amtshilfe lehnen wir ab.

Zur Gewährleistung eines effektiven Systems der Gefahrenabwehr in unserem Bundesland müssen künftig sämtliche Kapazitäten und Synergieeffekte genutzt werden. Viele der zahlreichen Betriebsfeuerwehren im Land Brandenburg sind bereit, auch im Bereich des örtlichen Brandschutzes bei verschiedenen Einsätzen mit entsprechender Technik und personellen Ressourcen zu unterstützen. Es scheitert jedoch an den rechtlichen Rahmenbedingungen.

Unsere Ziele:

- Verstärkung der Landeshilfen für Ausstattung und Durchführung des Brand- und Katastrophenschutzes.

- Absicherung des ehrenamtlichen Engagements.

- Wertschätzung des Ehrenamtes durch eine attraktivere Ehrenamtskarte.

- Bewältigung der besonderen Erfordernisse Brandenburgs in der Waldbrandbekämpfung.

- Unbürokratische und zeitnahe finanzielle Unterstützung der Kommunen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes.

- Härtere Strafen bei Übergriffen oder Behinderungen von Einsatz- und Rettungskräften.

4. Solide Finanz- und Strukturpolitik

Die Finanzpolitik in Brandenburg muss nach 30 Jahren wieder die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger sichern – und für ein funktionsfähiges Land sorgen. Es existiert ein enormer Instandhaltungs- und Investitionsstau bei Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Wohnungsbau in den Kommunen. Krankenhäuser wurden verkauft und öffentliche Einrichtungen privatisiert. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) versetzt Kreise und Kommunen nicht in die Lage, auskömmliche Haushalte zu erstellen.

In Brandenburg bestehen massive Defizite bei der Instandhaltung von Verkehrsinfrastruktur. Fahrbahneinengungen an Brücken und Straßenverläufen wegen Schäden an der Bausubstanz. Sperrungen und Umleitungen gehören mittlerweile zum Alltag. Ein Grund für den immer größer werdenden Instandhaltungs- und Investitionsstau ist die Anzahl bzw. das Fehlen der Fachfirmen, die die notwendigen Arbeiten umsetzen könnten. Oft gab es nur einen oder keinen Bieter bei Ausschreibungen. Der massive Rückgang der Fachfirmen ist auch eine Folge des Ausbleibens der Aufträge aus der öffentlichen Hand in den letzten Jahren. Nicht selten fallen, wegen der Sparzwänge, in den Kommunen notwendige Maßnahmen dem Rotstift zum Opfer. Der Investitionsbedarf in den Brandenburger Kommunen ist hoch. Die kommunalen Investitionen sind unterdurchschnittlich und liegen unter den Werten von Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Der Investitionsstau steigt und die Kommunen bleiben abhängig von schwankenden Zuweisungen und Steuereinnahmen. Wir fordern deshalb ein langfristiges umfassendes Investitionsprogramm für unsere Infrastruktur, insbesondere bei Straßen, Brücken, Digitalisierung, Schulen, Wohnungsbau und Bahnanbindungen, unter Einbeziehung der Kommunen.

Die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen ist zwingend notwendig. Diese wurden unter Haushaltsdruck genötigt, Grundstücke, Einrichtungen der Daseinsvorsorge,

Wohnungen und Krankenhäuser zu verkaufen. Damit ist nicht nur die Versorgung der Menschen vor Ort nicht mehr direkt beeinflussbar, den Kommunen wurden damit Einnahmen aus Vermietung und möglichen Gewinnen entzogen. Die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden in Brandenburg ist desolat. Einzelne Städte und Kreise mussten bereits Haushaltssperren verhängen oder unterliegen Haushaltssicherungskonzepten. Das derzeitige Finanzausgleichsgesetz ist ein wesentlicher Grund für die finanzielle Schieflage der Brandenburger Kommunen. Es versetzt die Kommunen nicht in die Lage, Haushalte aufzustellen, die ein gutes Wirtschaften ermöglichen. Das Finanzausgleichsgesetz muss reformiert werden. Änderungen müssen in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Landkreistag erfolgen. Ziel ist es, ein Finanzausgleichsgesetz zu schaffen, das alle Kommunen in die Lage versetzt, einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Die Kommunen sollen mit einem starken Rekommunalisierungsfonds zum Rückkauf wichtiger kommunaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge unterstützt werden.

Die derzeitige Fördermittelpolitik ist beliebig und an vielen Stellen nicht zielführend. Entweder sind Fördertöpfe überzeichnet oder werden nicht abgerufen. Vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ist verlässliche, langfristige und bedarfsgerechte Ausfinanzierung wichtig.

Unsere Ziele:

- Die Schuldenbremse darf nicht mehr den Fortschritt im Land eindämmen. Kreditaufnahmen für öffentliche Investitionen müssen wieder zugelassen werden.

- Die Neuregelung der Grundsteuer muss – wie es politisch versprochen wurde – aufkommensneutral erfolgen. Mehrbelastungen für den Bürger müssen ausgeschlossen werden!

- Wir regen eine Bundesratsinitiative Brandenburgs für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Multimillionäre und Milliardäre an. Wie eine Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit festgestellt hat, könnte der deutsche Staat 73 Mrd. Euro im Jahr mehr einnehmen, wenn die Vermögenssteuern für die „Oberen Zehntausend“ auf das Niveau der Schweiz angehoben würden. Diese Einnahmen kämen den Ländern zugute und könnten dort für gute Bildung, ordentliche Krankenhäuser und intakte Schulgebäude ausgegeben werden.

- Wir müssen den Investitions- und Instandhaltungsstau im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur beheben

5. Für eine effektive und schnelle Justiz

Der Politikansatz des Bündnisses Sahra Wagenknecht ist es, die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen. Die Justizpolitik hat dies in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Denn: Die Gesetze und Vorschriften in unserem Land sind zu umfangreich und in der Regel für juristische Laien kaum verständlich. Gesetze sind für alle Menschen gemacht und nicht nur für Juristen.

Artikel 52 Abs. 4 der Brandenburgischen Landesverfassung normiert einen Anspruch des Bürgers auf ein gerechtes und insbesondere zügiges Verfahren. Dies ist in Brandenburg auf dem Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit schon seit Jahren nicht mehr der Fall. Die Verwaltung soll eine effiziente, nachvollziehbare und bürgerfreundliche Umsetzung der Gesetze im Sinne des Bürgers und nicht gegen diesen bewirken. Deshalb wollen wir Justiz und Verwaltung im Sinne des Bürgers und der Mitarbeiter in Justiz und Verwaltung reformieren.

Wir wollen den Zugang des Einzelnen zum Recht und das Wissen über seine Rechte mehr in die Allgemeinbildung einbeziehen. Hierzu gehört die Vermittlung dieses Wissens bereits in der Schule. Wir unterstützen Beratungsstellen, in denen Menschen bei rechtlichen Fragen erste fachliche Hilfe finden - ohne gleich hohe Anwaltskosten zahlen zu müssen. Eine gute

Rechtsberatung darf keine Frage des persönlichen Geldbeutels sein. Wir beabsichtigen die Verstetigung der Unterstützung und den Ausbau dieser Beratungsstellen.

Eingriffe der Politik in die Justiz, wie die Aufgabe von Gerichtsstandorten, müssen unterbleiben. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung ist zu stärken. Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften ist abzuschaffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Justiz als Leistung der Daseinsvorsorge auch für Menschen mit kleinem Einkommen zugänglich bleibt. Bedingung dafür ist, dass die Beratungs- und Prozesskostenhilfe ausgebaut wird.

In den nächsten neun Jahren geht jeder vierte Richter oder Staatsanwalt, sowie zahlreiche Rechtsanwälte und viele dutzend Notare in den Ruhestand. Diese Pensionierungswelle ist seit Langem absehbar. Jedoch hat die Landesregierung die besonderen Herausforderungen für Brandenburg ignoriert: In den weit von Potsdam entfernten Landesteilen lassen sich Stellen oft nur schwer besetzen. Der starken Konzentration auf Potsdam und das Berliner Umland wollen wir attraktive Alternativen entgegensetzen.

Wir werden verstärkt schon in den Schulen und Universitäten aktiv um Nachwuchs für Gerichte, Staatsanwaltschaften und den Justizvollzug werben, das Land als modernen Arbeitgeber präsentieren, bei dem Berufs- und Privatleben gleichberechtigt Platz finden. Die Nachwuchsgewinnung für die Rechtsanwaltschaft und die Notare ist uns ein gleichberechtigtes Anliegen. Um die Nachwuchsgewinnung zu ermöglichen, wollen wir die juristischen Ausbildungsmöglichkeiten und Studienplätze an allen Standorten sichern. Davon werden alle juristischen Bereiche und auch die brandenburgischen Unternehmen profitieren.

Wir unterstützen grundsätzlich die Digitalisierung der Justiz in Brandenburg. Diese muss allerdings mit Augenmaß und so erfolgen, dass sie zu einer Vereinfachung und Erleichterung für Bürger und Justiz führt und keine neuen Schranken für Rechtssuchende aufbaut. Wir fordern daher die Fortbildung der Mitarbeiter und die weitere Einstellung von IT-Mitarbeitern, welche die Digitalisierung fachlich unterstützen. Videoverhandlungen sollen echte Verhandlungen nur in Ausnahmefällen ersetzen. Dazu bedarf es der flächendeckenden technischen und personellen Ausstattung. Richter und Rechtspfleger müssen ausreichend qualifizierte Mitarbeiter an ihrer Seite haben, um sich auf ihre Tätigkeit konzentrieren zu können. Die Nutzung von Videokonferenztechnik sollte nur unter diesen Vorgaben erfolgen. Weiterhin muss verhindert werden, dass dies dazu führt, dass Gerichte im ländlichen Bereich geschlossen oder zusammengelegt werden. Weiterhin fordern wir in Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern, die Schaffung bundeseinheitlicher IT-Standards und -systeme und die Einführung eines Bund-Länder-Justizportals.

Wir setzen uns für die Stärkung der Anwaltschaft ein, um die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von anwaltlichen Dienstleistungen insbesondere auf dem Land weiterhin zu gewährleisten.

Gerade im Strafrecht braucht es mehr und schnellere Vollstreckungen. Auf die Tat muss schnell die Strafe folgen. Nötig ist die Ermöglichung einer vollen Konsequenz für jedes Handeln. Es darf nicht sein, dass Verfahren eingestellt oder Beschuldigte entlassen werden müssen, weil die Fälle nicht fristgerecht abgearbeitet werden können.

Dafür wollen wir mehr Personal und Ressourcen in den betroffenen Gerichtszweigen bereitstellen. Wer im Vollzugsdienst arbeitet, sorgt für die Sicherheit von uns allen und verdient unseren besonderen Respekt.

Strafvollzug ist zudem eine hoheitliche Aufgabe des Landes. Private Betreiber und private Sicherheitsdienste in Gerichten und Justizvollzugsanstalten lehnen wir ab.

Von herausragender Bedeutung ist für uns eine früh ansetzende und umfassende Kriminalprävention. Sie muss das Ziel haben, Kinder und junge Menschen zu einem bewussten Leben zu

erziehen, in dem sie Verantwortung für ihr Handeln übernehmen.

Deshalb setzen wir uns für mehr Schulsozialarbeiter und Streetworker ein. Und wir rücken das Thema Justiz und Justizvollzug in den Lehrplänen mehr in den Vordergrund. Der Besuch von Gerichtsverhandlungen sowie der Austausch mit Justizpersonen und Anwälten soll zur Regel werden.

Unsere Ziele:

- Überprüfung der vorhandenen Gesetze, um unnötige Bürokratie abzubauen.

- Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz von politischen Einflüssen und Abschaffung der Weisungsgebundenheit von Staatsanwaltschaften.

- Unterstützung und Schaffung von öffentlich finanzierten Beratungsstellen für das Rechtswesen vor allem in ländlichen Gebieten.

- Schnellere Vollstreckungen im Strafrecht.

- Dauerhafte Stärkung des Justizpersonals, Nachwuchssicherung.

- Früher ansetzende Kriminalprävention unter Einbezug von Schulsozialarbeitern und einer besseren Verankerung von Justiz-Themen in der Schule.

6. Unkontrollierte Migration stoppen

Das **Grundrecht auf Asyl** für verfolgte Menschen ist eine wichtige Errungenschaft nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs. **Für dieses Grundrecht steht das Bündnis Sahra Wagenknecht ein.** Allerdings sehen wir, dass nur ein bis zwei Prozent aller in Deutschland ankommenden Zuwanderer einen Schutzstatus als Flüchtling im Rahmen des Asylrechts erhalten.

Zuwanderung von Fachkräften kann im Gegensatz zu ungesteuerter Migration bei echten Engpässen hilfreich sein, sofern damit keine Schädigung ärmerer Herkunftsländer verbunden ist. Voraussetzung dafür ist: Migration braucht gelingende Integration, um Akzeptanz in der Bevölkerung zu finden. Die Kommunen dürfen deswegen mit dieser Aufgabe nicht weiter allein gelassen werden.

Erste Voraussetzung für gelingende Integration ist, dass die Zahl der Zugewanderten sich in einem Rahmen bewegt, der unsere Gesellschaft nicht überfordert, was seit 2015 fast durchgehend der Fall ist. Deshalb wollen wir die unkontrollierte Migration stoppen. Derzeit bekommt jeder zweite Asylbewerber keinen Schutzstatus, bezieht aber trotzdem im europäischen Vergleich großzügige Leistungen und darf auf absehbare Zeit im Land bleiben. So wird das Asylsystem zur Farce! Wir wollen, dass die vorhandenen europäischen Regelungen nicht weiter ignoriert, sondern konsequent umgesetzt werden. Asylanträge sollten an den EU-Außengrenzen und in Drittstaaten gestellt und entschieden werden.

Die gestiegene Ausländerkriminalität nehmen wir nicht hin. 2022 waren mehr als ein Drittel aller ermittelten Tatverdächtigen in Brandenburg Ausländer. Gewalt- und Intensivtäter, islamistische Gefährder und Hassprediger müssen dringend abgeschoben werden. Grundsätzlich gilt, dass nur Menschen bei uns bleiben können, die nicht straffällig werden.

Im Jahr 2023 waren über 200.000 Menschen als ausreisepflichtig registriert, knapp 50.000 davon hielten sich ohne Duldung im Bundesgebiet auf. Viele Menschen empfinden es als Staatsversagen, wenn die Ausreise dieser Menschen nicht mit Nachdruck verfolgt wird. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die dies nicht nur großspurig verspricht, sondern sich systematisch darum kümmert, dass Ausreisepflichtige das Land verlassen.

Rassistischen und ausländerfeindlichen Bestrebungen stemmen wir uns mit voller Kraft

entgegen und wir wollen solchen Tendenzen in unserer Gesellschaft den Nährboden entziehen.

Wir fördern und fordern die Akzeptanz der Regeln des Grundgesetzes für ein friedliches Zusammenleben. Ein radikaler Islamismus, der die Scharia predigt, die Schaffung eines Kalifats in unserem Land herbeisehnt oder den Hass auf unsere Kultur und unsere Werte schürt, hat in Deutschland und in Brandenburg nichts zu suchen.

Wir begrüßen die Einführung einer Bezahlkarte, um das Überweisen von deutschem Steuergeld ins Ausland und das Bezahlen von Schleusern zu erschweren.

Wir wollen mehr Deutschkurse und das ehrenamtliche Unterrichten aufwerten. Sprachkenntnisse sind das A und O für eine gelingende Integration. Hier geht Migrationspolitik Hand in Hand mit Bildungspolitik: Wir fordern verpflichtende Deutsch-Tests für alle Kinder ab drei Jahren. Wird bei einem solchen Test festgestellt, dass Defizite bestehen, muss der Besuch einer Kita verpflichtend sein.

Bedingung für gelingende Integration ist der Wille zur Integration. Zugang zum Arbeitsmarkt ist eine weitere wichtige Voraussetzung. Es ist dafür zu sorgen, dass ausländische Qualifikationsnachweise, wenn die Qualifikation mit deutschen Standards vergleichbar ist, bei Erfüllung der entsprechenden Bedingungen auch tatsächlich schnell und möglichst unkompliziert anerkannt werden. Danach können Arbeitsgenehmigungen zeitnah und unbürokratisch erteilt werden. Das führt zur Entlastung der Sozialsysteme und zur erleichterten Integration in die Gesellschaft. Es ist nicht akzeptabel, dass der Beschäftigungsanteil von Flüchtlingen in vielen europäischen Ländern deutlich höher ist als hierzulande. Bereits während des Verfahrens sollten Asylbewerber einfache Hilfstätigkeiten übernehmen und der Gesellschaft auch dadurch etwas zurückgeben.

Unsere Ziele:

- Wahrung des Grundrechts auf Asyl und Stopp unkontrollierter Migration.

- Gewinnung ausländischer Fachkräfte, ohne Schädigung ärmerer Herkunftsländer, soweit ein tatsächlicher Mangel besteht.

- Einfachere Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise bei echter Vergleichbarkeit zu deutschen Abschlüssen.

- Konsequentes Abschieben und Wiedereinreisesperren.

- Landesweite Einführung einer Bezahlkarte.

- Migrationspolitik und Bildungspolitik aus einem Guss: Verpflichtende Deutschkurse und frühkindliche Sprach- und Bildungstests.

- Kürzung der Leistungen auf das verfassungsrechtlich geforderte Existenzminimum für Ausreisepflichtige in Form von Sachleistungen.

7. Lehren aus der Corona-Zeit

Während der Corona-Pandemie wurden Grundrechte in bisher nicht gekanntem Maße eingeschränkt. Es hat sich herausgestellt, dass viele der Maßnahmen keine wissenschaftliche Grundlage hatten und mehr Schaden als Nutzen brachten. Kritiker aus Wissenschaft und allgemeiner Öffentlichkeit, die frühzeitig vor Überreaktionen und ungeeigneten Maßnahmen warnten, wurden als Quacksalber, rechtsradikale und unsolidarische Gefährder verunglimpft und an den Rand gedrängt. Menschen, die sich in Rekordzeit entwickelte und zugelassene Impfstoffe nicht spritzen lassen wollten, wurden ebenfalls verunglimpft, diskriminiert und unter Druck gesetzt, sich trotz möglicher Nebenwirkungen impfen zu lassen. Inzwischen ist bekannt geworden, dass der Nutzen der Impfungen übertrieben und die Nebenwirkungen verharmlost wurden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass sichergestellt ist, dass sich falsche und nicht zu

rechtfertigende Eingriffe nicht wiederholen. Die Geschehnisse während der Corona-Pandemie müssen umfassend aufgearbeitet werden. Untersucht werden müssen u.a. die vorhandenen Daten zu den Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe – etwa der Krankenkassen. Wo nötig, müssen gezielt die erforderlichen Daten erhoben werden. Dazu gehört insbesondere ein Vergleich des Auftretens von verschiedenen Krankheiten und Todesfällen bei nicht Geimpften und mit den verschiedenen Impfstoffen geimpften Personen. Dies muss auf Bundes- und Landesebene geschehen. Durch die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Landtag und deren Ergebnisse kann eine Wiederholung derartiger gravierender Fehler bei künftigen Gesundheitsnotlagen – tatsächlichen oder vermeintlichen – vermieden werden.

Voraussetzung für die Zustimmung Brandenburgs zu einem WHO-Pandemievertrag im Bundesrat ist die Aufarbeitung der Rolle der Weltgesundheitsorganisation und der Stiftungen und Konzerne, die Einfluss auf diese ausüben. Ohne seriöse Untersuchungen kann es keine neuen Vertragswerke geben. Diejenigen, denen Schaden zugefügt wurde, haben Anspruch auf Rehabilitation, Entschuldigung und möglicherweise auch Wiedergutmachung.

Wer wegen Verstoßes gegen die Impfpflicht eine Strafe bezahlen musste, soll entschädigt werden.

8. Offene und vielfältige Kultur

Kultur ist die geistige Grundlage für ein gelingendes und erfülltes Leben und ein Lebenselixier für Freiheit und die demokratische Gesellschaft. Kultur hat im Land Brandenburg Verfassungsrang (Artikel 34). Wir stehen für den Erhalt der kulturellen Vielfalt in Brandenburg und das Recht auf barriere- und voraussetzungsfreien Zugang zu Kulturangeboten für alle, zu allen Genres und in allen Lebensräumen. Der Kulturbegriff muss weitergefasst werden. Kunst ist ein wichtiges Mittel, auch für den Erwerb sozialer Kompetenzen. Wir brauchen fachübergreifende Denker, die unsere Zukunft vielseitig gestalten können. Wir müssen wieder das Land der Dichter und Denker werden.

Durch die Umsetzung folgender Vorhaben werden wir diesem Anspruch gerecht:

Erlass eines Kulturfördergesetzes. Zur Umsetzung der Empfehlung der Enquete-Kommission Zukunft der ländlichen Regionen und unter Berücksichtigung des Positionspapiers des Kulturrates Brandenburgs sowie in Konkretisierung des Auftrages aus Art. 33 Abs. 2 und Art. 34 der Landesverfassung fordern wir ein Kulturfördergesetz, wie es bereits in Sachsen existiert. Ein solches Gesetz würde die Wertschätzung des Landes Brandenburg gegenüber seinen Künstlerinnen und Künstlern zum Ausdruck bringen, gleichzeitig der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Pflege der kulturellen Vielfalt Folge leisten. Es würde eine Reihe einzelner Gesetze, Richtlinien und Förderprogramme in sich vereinen. So kann die in den Jahren 2020 bis 2024 in insgesamt neun kulturpolitischen Regional- und Landeskonferenzen entwickelte Kulturpolitische Strategie 2024 für das Land Brandenburg als Garant für den Erhalt und den weiteren Ausbau der kulturellen Vielfalt Brandenburgs umgesetzt werden.

Bestandteil des Kulturfördergesetzes ist eine Ausweitung und Verstetigung der institutionellen Förderung gerade kleiner Einrichtungen im gesamten Flächenland Brandenburg und die Sicherung von drittgeförderten Projekten.

Stärkung des brandenburgischen Theater- und Orchesterverbundes: Zu den kulturellen Leuchttürmen des Landes gehören das Brandenburger Theater, die Uckermärkischen Bühnen Schwedt, das Staatstheater Cottbus, das Hans-Otto-Theater Potsdam, die Neue Bühne Senftenberg und das Staatsorchester Frankfurt (Oder). Sie wirken in der Fläche und bieten ein reichhaltiges Kulturangebot. Sie müssen langfristig und verlässlich garantiert werden.

Das Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen im Land Brandenburg soll durch

Statuierung einer sozialen Zugangskomponente und einer tarifanalogen landeseinheitlichen Absicherung der freien Lehrkräfte erweitert werden.

Stärkung der Soziokultur: Die Kulturpolitische Strategie 2024 definiert stabilisierende Mechanismen, die die soziokulturellen Angebote schützen und arbeitsfähig erhalten. Mit den im Land Brandenburg festgelegten kulturellen Ankerpunkten im ländlichen Raum besteht ein breites Angebot für Kultur und kulturelle Bildung im Flächenland Brandenburg. Ankerpunkte und ihre Angebote sind langfristig zu erhalten und in den nächsten Jahren um weitere Ankerpunkte zu ergänzen. Dabei sind nach dem Grundverständnis von Soziokultur alle kulturellen, sozialen und politischen Interessen und Bedürfnisse der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Entwicklung Museen, Galerien, Bibliotheken, Gedenkstätten, Film, Kinos: Analog zu den Theatern und Orchestern ist ein bestandssicherndes Konzept für die Brandenburger Kultureinrichtungen in ihrer Vielfalt und Gesamtheit zu erarbeiten, damit diese von akuten und konjunkturellen Defiziten der Finanzierung unabhängig sind.

Stärkung der Freien Szene: Freiberufliche Künstlerinnen und Künstler sind ein konstituierender Bestandteil der brandenburgischen Kulturlandschaft. Wir setzen uns für existenzsichernde Einkommen, regelmäßige öffentliche Auftragsvergaben und gezielt ausgearbeitete, bürokratiearme Förderinstrumente unter Einschluss von Vor- und Fehlbetragsfinanzierungen ein. Damit sollen auch adäquate Renten- und Versorgungsansprüche ermöglicht werden. Den Kommunen muss seitens des Landes die Möglichkeit gegeben werden, ihre freie Szene durch gezielte Strukturmaßnahmen (beispielsweise Kulturstiftungen) unabhängig vom Haushaltsjahr Planungssicherheit zu verschaffen.

Kultur für Kinder- und Jugendliche: Der frühzeitige und qualifizierte Kontakt von Kindern und Jugendlichen mit allen Künsten ist essenzielle Voraussetzung für ein gelingendes erwachsenes Leben. Die Finanzierung von Theatern, Orchestern und Museen muss ständigen Kontakt mit Schulen des Einzugsgebietes ermöglichen. Wahl- und Wahlpflichtfächer mit darstellendem Spiel sollen allen Kindern und Jugendlichen, auch im ländlichen Raum, offenstehen, ebenso die Anreise zum Theater-, Konzert- und Museumsbesuch. Die strukturelle Benachteiligung des ländlichen Raums ist weiter zu beseitigen. Wir unterstützen die Forderung des Landesmusikrates für mehr Musikunterricht in der Grundschule. Die Museen und Bibliotheken des Landes sollen für alle Brandenburger Schüler, Auszubildende und Studierende eintrittsfrei sein. Kultur spielt in der Entwicklung sozialer Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen eine entscheidende Rolle.

Freiheit von Kultur und Kunst: Projektförderung durch das Land Brandenburg und die Kommunen als Fördermittelgeber hat diskriminierungsfrei und ohne Verpflichtung auf politische Bekenntnisse zu geschehen. Zur Erlangung von Drittmitteln für Antragsteller soll das Land die Projektträger durch Vorfinanzierungen und Freistellungen unterstützen.

Die Ministerien MWFK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur) und MBJS (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport) sollten zu einem Kultusministerium zusammengeführt werden.

Unsere Ziele:

- Schaffung eines Kulturfördergesetzes.
- Die Förderung der Kultur muss Pflichtaufgabe für die Kommunen werden.
- Der Theater- und Orchesterrahmenvertrag soll Bestandteil des neuen Kulturfördergesetzes und die Finanzierung unbefristet sichergestellt werden.
- Museen und Bibliotheken sollen für alle Brandenburger Schüler, Auszubildende und Studierende eintrittsfrei sein.
- Schaffung eines Kultusministeriums.

9. Sorben und Wenden

Die im Land Brandenburg lebenden Sorben/Wenden sind eine von vier anerkannten autochthonen Minderheiten bzw. Volksgruppen in Deutschland.

Die Brandenburger Landesverfassung garantiert den Schutz und die Förderung der sorbischen/wendischen Sprache und Kultur sowie die wirksame politische Mitgestaltung des sorbischen/wendischen Volkes.

Die existierenden Einrichtungen der sorbischen/wendischen Sprach- und Kulturpflege werden über die Stiftung für das sorbische Volk finanziert, die Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland, des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg erhält.

Die Fortführung der Finanzierungen mindestens im jetzigen Umfang wird von uns zugesichert.

Die demokratische Berücksichtigung der Interessen der Sorben und Wenden ist im Land eine gelebte Tradition. Der auf der Grundlage des Sorben/Wenden-Gesetzes des Landes Brandenburg analog zur Landtagswahlperiode zu wählende Rat für Angelegenheiten der Sorben und Wenden wird durch die Sorben/Wenden in freier und geheimer Wahl gewählt und wirkt auf Grundlage der Geschäftsordnung des Landtages an der parlamentarischen Arbeit mit.

Auch das Bündnis Sahra Wagenknecht unterstützt das sorbisch/wendisch-deutsche Miteinander. Angesichts der auch durch die UNESCO festgestellten Bedrohungslage der niedersorbischen/wendischen Sprache und Kultur sprechen wir uns für eine von einem hohen Grad an Eigenverantwortlichkeit und Eigenbestimmung getragene Kultur- und Bildungsautonomie aus. Ebenso unterstützen wir das zivilgesellschaftliche Engagement der Sorben und Wenden in ihren Vereinen und Verbänden.

Darüber hinaus bekennt sich das BSW zum Schutz und zur Förderung der auch in Brandenburg heimischen Regionalsprache Niederdeutsch (Plattdeutsch), die keiner definierten nationalen Minderheit zuzuordnen ist.

Unsere Ziele:

- Förderung der Sprache und Kultur der Sorben und Wenden durch langfristige Garantie der Finanzierung der Stiftung für das sorbische Volk.

- Dauerhafte Gewährleistung der sorbischen/wendischen Kultur- und Bildungsautonomie.

- Etablierung einer Lehrerausbildung für die niedersorbische/wendische Sprache im Land Brandenburg.

10. Demokratische Teilhabe

Demokratische Teilhabe hängt, gerade unter Krisenbedingungen, entscheidend ab von dem Willen und der Fähigkeit demokratischer Institutionen, Widerspruch und Debatte zuzulassen, sodass gesellschaftliche Probleme offen benannt und verhandelt werden können – ohne Tabus.

Auch in Brandenburg zeigt sich: Nach wie vor sind die Menschen im Osten Deutschlands massiv benachteiligt. Das ostdeutsche Lohnniveau liegt weiterhin 21 % unter dem im Westen. Weder in den Eliten der Brandenburger Politik, noch in der Verwaltung, den Gerichten, den Hochschulen oder den Medien in Brandenburg sind Ostdeutsche proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil vertreten. So war beispielsweise in der Leitung des Landesarbeitsgerichtes Berlin-Brandenburg noch nie ein Brandenburger Richter vertreten. Die Problematik vererbt sich offenbar: Auch heute ist die Chance eines jungen Ostdeutschen, an einer hiesigen Universität akademische Karriere zu machen, nur etwa halb so groß wie die Chance eines gleichaltrigen Studenten aus Westdeutschland, der hier studiert. Um diese Disparitäten auszugleichen und endlich angemessene ostdeutsche Teilhabe zu ermöglichen, braucht es – für begrenzte Zeit – eine Möglichkeit der Förderung Ostdeutscher zumindest im öffentlichen Dienst und der Verwaltung, in Wissenschaft und Kultur.

Die schleichende Abschaffung des Bargelds im Alltag lehnen wir ab. Wir wollen das Recht auf

ein analoges Leben erhalten. Dazu gehört, dass Dinge des Alltags auch ohne Apps und zunehmenden Zwang zur Digitalisierung stattfinden können.

Insbesondere seit der Corona-Pandemie muss sich ein Teil der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien mit dem Vorwurf auseinandersetzen, einseitig zu berichten. Berichterstattung und Kommentierung der in Brandenburg tätigen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sollte deshalb darauf hinterfragt werden können, ob sie dem Auftrag zu objektiver Information und Regierungsferne entspricht. Immer weniger Brandenburger haben Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medienberichterstattung. Das ist ein Alarmzeichen für die Demokratie. Dies liegt auch an der mangelnden Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die eine Gehaltsaffäre der früheren Intendantin des rbb erst möglich machte. Hier muss eine offene Debatte darüber angestoßen werden, wie das Vertrauen in die politische Berichterstattung von Medien generell wieder gestärkt werden kann. Eine weitere Erhöhung der Rundfunkgebühren, wie sie die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) vorgeschlagen hat, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen ist die öffentlich-rechtliche Rundfunklandschaft zu reformieren. Vorschläge hierzu werden wir mit den Brandenburgern, den Beschäftigten und ihren Vertretungen diskutieren. Der Stellenwert Brandenburgs in den Programmen ist weiter auszubauen.

Immer mehr Bürger empfinden die Politik von Bundes- und Landesregierung als abgehoben. Angesichts dieses Vertrauensverlustes ist es umso schädlicher, dass Instrumente der direkten Demokratie ungenügend genutzt werden. Ihre Anwendung wäre ein gutes Mittel gegen Politikverdrossenheit, indem Teilhabe an wichtigen Entscheidungen für normale Bürger einfacher möglich wird.

Unsere Ziele:

- Die Einführung einer Untergrenze bei Stellenbesetzungen mit ostdeutschen Bewerbern im öffentlichen Dienst, insbesondere in der Landesverwaltung.

- Stärkung des politischen Pluralismus und des Dialogs zwischen Medienvertretern, Zuschauern und Zuhörern. Eine Strukturreform des Rundfunks muss diskutiert werden. Hierzu soll ein Format mit direkter Beteiligung der Bürger Brandenburgs gefunden werden.

11. Verwaltung – öffentliche Dienstleistung

Grundlegende staatliche Aufgaben und Dienstleistungen in Brandenburg, insbesondere in der Gesundheit, Bildung und Verwaltung müssen zugänglich und auch für Geringverdiener bezahlbar sein. Bei wichtigen Behörden und anderen Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft sind die Bearbeitungszeiten viel zu lang. Ein weiterer Stellenabbau in der öffentlichen Verwaltung wäre verantwortungslos und wird von uns nicht unterstützt: Ganz im Gegenteil, wir brauchen wieder mehr Personal in den Schulen, den Krankenhäusern, den Pflegeheimen und bei den Ämtern in Landes- und kommunaler Trägerschaft. Brandenburg gehört zu den Schlusslichtern bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Das muss sich dringend ändern!

12. Bürokratieabbau

Eine zu große Regelungsdichte wirkt sich hemmend auf den Einzelnen und auf die brandenburgischen Unternehmen aus. Bürokratische Auflagen sind ein Mühlstein um den Hals der Wirtschaft in Brandenburg. Eine Anfrage der Bündnis Sahra Wagenknecht-Gruppe im Bundestag deckt auf: Nie zuvor gab es mehr Bürokratie und höhere Bürokratiekosten als unter der aktuellen Bundesregierung. Dies trifft auch für Brandenburg zu. Daher: „Tesla-Geschwindigkeit“ für alle Selbstständigen, Freiberufler, Gewerbetreibenden und Unternehmen!

Soziale Gerechtigkeit

Seit Jahren wächst in unserem Land die Ungleichheit. Millionen Menschen arbeiten hart, um sich und ihren Familien ein gutes Leben zu ermöglichen. Sie sind es, die unsere Gesellschaft am Laufen halten und einen Großteil der Steuern zahlen. Statt dafür den gebührenden Respekt und soziale Sicherheit zu erhalten, ist ihr Leben in den zurückliegenden Jahrzehnten unsicherer und schwerer geworden. Viele kommen trotz Vollzeitjob mit ihrem Einkommen kaum noch über den Monat. Das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft gilt nicht mehr. Millionen ältere Menschen können nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand nicht genießen, weil ihre Renten, auf die sie oft noch Steuern zahlen müssen, demütigend gering ausfallen. Wohnungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Arztpraxen und viele andere wichtige gesellschaftliche Einrichtungen wurden und werden an Renditejäger verscherbelt.

Wir wollen den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts stoppen und die Politik wieder am Gemeinwohl ausrichten. Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit. Unser Land braucht einen zuverlässigen Sozialstaat, der Zukunftsängste abbaut und vor einem sozialen Absturz im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter schützt. Die Privatisierung und Kommerzialisierung existenzieller Dienstleistungen, etwa in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Energie, Wasser oder Wohnen, muss gestoppt werden, Kommunen oder gemeinnützige Anbieter sollten in diesen Branchen Vorrang haben.

Unsere Politik orientiert sich am Gemeinwohl – und das werden wir für Brandenburg mit einem neuen Politikansatz in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Bildung, sozialer Ausgleich sowie Wissenschaft und Hochschule erreichen.

Es mangelt aber auch an Frauenhäusern für von Gewalt bedrohte Frauen und Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose.

1. Gesundheit, Pflege und Teilhabe

Das deutsche Gesundheitssystem ist eine Zweiklassenmedizin, die überwunden werden muss. Es kann nicht sein, dass Kassenpatienten monatelang auf einen Facharzttermin warten und Arztpraxen aufgrund der Honorarordnungen Privatpatienten bevorzugt behandeln. Die Corona-Zeit hat uns mit Wucht vor Augen geführt, wie zerbrechlich unsere Gesundheit ist und wie sehr wir auf ein leistungsfähiges Gesundheitssystem angewiesen sind. 2022 betrugen die Gesundheitsausgaben in Deutschland knapp 500 Milliarden Euro. Ein gewaltiger Markt, doch die Regierungen haben es nicht geschafft, dieses Geld zum Wohl aller Bürger gut zu investieren. Im Gegenteil, die Landesregierung hat bis Corona die notwendige Finanzierung unserer Krankenhäuser sträflich vernachlässigt, so dass einige Häuser in einem maroden Zustand sind.

Seit den 70er Jahren hat der Staat seine Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung unverantwortlich an gewinnorientierte Unternehmen abgegeben (Helios, Asklepios, Rhön, Paracelsus etc.). Weitere Privatisierung findet derzeit besonders auf dem Gebiet der ambulanten Gesundheitsversorgung statt. Hier werden ärztliche Praxen von Investoren aufgekauft und in vermeintlichen „Medizinischen Versorgungszentren“ weiter betrieben. Besonders ist dies beim Aufkauf von zahnärztlichen und Dialyse-Praxen zu beobachten. Diese Entwicklung hat schlimme Folgen für Patienten und Ärzte und das Bündnis Sahra Wagenknecht stemmt sich ihr mit Nachdruck entgegen: Es muss aufhören, dass öffentliche Daseinsvorsorge verkauft wird, damit Private Rendite erwirtschaften, Investoren ihr Geld in Pflegeheime, Krankenhäuser und Praxen stecken, um ihr Geld zu vermehren.

Die medizinische Behandlung und der Schmerz von Menschen sind nicht dazu da, Rendite zu erwirtschaften. Gewinne aus dem Betrieb medizinischer Einrichtungen müssen in die Gesundheitsversorgung reinvestiert werden.

Die Fehler der vergangenen Regierungen gehören korrigiert. Gesundheit muss als zentrales Element der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Gesundheitschancen ist ein zentraler Bestandteil unseres Sozialsystems und ein Gemeinschaftsauftrag.

In der Gesundheitsversorgung zeichnet sich bereits heute ein dramatisches Fachkräfteproblem ab. Damit die ambulante Versorgung gerade auch in den ländlichen Gebieten Brandenburgs gewährleistet bleibt, braucht es eine bessere Zusammenarbeit, sowohl des stationären und ambulanten Bereiches als auch der verschiedenen Gesundheitsberufe.

Wir brauchen dringend zusätzliches Personal im Pflege- und Gesundheitswesen. Allein in der Altenpflege sind in Brandenburg bis zum Jahr 2030 etwa 32.000 neue Beschäftigte erforderlich.

Für die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung auf dem Land braucht es Gemeindeschwestern. Daneben werden kommunale Medizinische Versorgungszentren oder Polikliniken eine zentrale Rolle spielen. Hierfür braucht es geeignete rechtliche Rahmenbedingungen. Insbesondere muss bessere Zusammenarbeit vor Ort dazu beitragen, Doppel- und Mehrfachuntersuchungen zu vermeiden. Auch Haus- und Fachärzte können zum Beispiel durch ein gemeinsames Terminverwaltungssystem, die Delegation von ärztlichen Aufgaben und eine gemeinsame Nutzung der elektronischen Patientenakte von überflüssiger Bürokratie entlastet werden.

Unverzichtbar für eine gute medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum ist ein gut funktionierender und gut ausgestatteter Rettungsdienst und Wasserrettungsdienst, der in einer Ergänzung mit in das Landesrettungsdienstgesetz aufgenommen und auskömmlich finanziert werden muss. Es sind neue Wege zu beschreiten, wie eine gute Gesundheitsversorgung zu den Menschen kommt. Ziel muss die Verbesserung der Versorgungsqualität und das Angebot spezialisierter ambulanter und stationä-

rer Leistungsangebote an den dafür geeigneten Standorten sein. Dies garantiert, dass Behandlungen tatsächlich dort erfolgen, wo die medizinisch-technischen und personellen Voraussetzungen das bestmögliche Ergebnis erwarten lassen. Solche Strukturen sichern den effizienten und bedarfsgerechten Personaleinsatz, steigern die Berufszufriedenheit und verhindern die Abwanderung von medizinischen, pflegerischen und ärztlichen Fachkräften.

Im Gesundheitswesen arbeiten engagierte Menschen. Ihre Bedürfnisse müssen mehr Berücksichtigung und Anerkennung finden. Eine qualitätsgerechte Betreuung von Patienten setzt voraus: Arbeitsbedingungen durch tarifliche Bezahlung, bessere Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen, die den Gesundheits- und Pflegesektor als attraktiven Arbeitsbereich sichern. Digitale Prozesse sollen für die Patienten hilfreich und für die Behandler eine sinnvolle Arbeitserleichterung mit sich bringen. Es ist auch für die Zukunft sicherzustellen, dass etwa private Versicherungsunternehmen niemals Zugriff auf Patientendaten über die Telematikinfrastruktur erhalten. Die elektronische Patientenakte darf nicht zum gläsernen Patienten führen und dazu beitragen, dass Bürger z.B. Nachteile beim Abschluss von Versicherungen oder im Berufsleben erleiden.

Wir begrüßen die Gründung der staatlichen Medizinischen Universität Lausitz – Carl Thiem (MUL), um dem Ärztemangel zu begegnen. Hierbei sollte durch eine gezielte Landarztquote bei der Bewerberauswahl ein positiver Effekt erreicht werden.

Die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg mit ihrer erheblichen Wirtschaftsleistung und Spitzenforschung soll weiter gefördert werden. Insbesondere die Reha-Landschaft in Brandenburg soll weiter ausgebaut werden. Hierfür sind durch das Land Brandenburg finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Rehakliniken können auch eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der (fach-)ärztlichen gesundheitlichen Versorgung in ansonsten strukturschwachen Regionen übernehmen.

Wir erwarten eine sichere und qualitativ hochwertige Versorgung mit Arzneimitteln, Impfstoffen und Medizinprodukten. Immer wiederkehrende Lieferschwierigkeiten bei wichtigen Medikamenten, Impfstoffen und Medizinprodukten gefährden unsere Gesundheit. Ein Frühwarnsystem, Transparenz über Lieferschwierigkeiten und der Ausbau der Lagerhaltung beim Großhandel, sowie die eigene Herstellung wichtiger Medikamente durch die heimische Pharmaindustrie können hier zu Verbesserungen führen. Probleme, etwa durch Lücken in der Überwachung und Kontrolle von Medikamenten und Medizinprodukten sorgen für Verunsicherung.

Gesundheitsfürsorge beschränkt sich nicht auf das körperliche Wohl. Frühverrentungen und Krankschreibungen aufgrund seelischer Erkrankungen nehmen stetig zu. Eine frühzeitige Stärkung der Resilienz soll bereits in der Schulbildung beginnen. Weiterhin bedarf es der Etablierung arbeitspsychotherapeutischer Expertise in Unternehmen, Förderung der Heilhilfsberufe sowie von Fachweiterbildungen der Ärzte und Psychotherapeuten.

Wir setzen uns für die gesellschaftliche Entstigmatisierung von psychisch kranken Menschen und deren Angehörigen ein. Des Weiteren werden wir die flächendeckende, gemeindenahe und bedarfsgerechte sozialpsychiatrische Versorgung weiter ausbauen. Der Anstieg psychiatrischer Erkrankungen (ADHS, Depressionen, Angststörungen, durch Medienkonsum verursachte Störungen) muss tiefer untersucht und die betroffenen Familien therapeutisch/pädagogisch unterstützt werden.

Die Beratungslandschaft für Betroffene und Angehörige muss auf kommunaler Ebene weiterentwickelt und durch Landeszuschüsse finanziell abgesichert werden. Menschen mit oder ohne psychische Vorerkrankung geraten immer wieder in Krisensituationen, die einer sofortigen und passgenauen Unterstützung bedürfen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht spricht sich daher für einen flächendeckenden Krisennotdienst aus, welcher an bestehende Strukturen angegliedert werden sollte.

Alle Arztpraxen müssen barrierefrei zu erreichen sein. Es kann nicht sein, dass z.B. Menschen mit Rollatoren an der Treppe zur Arztpraxis scheitern.

Eine der großen Herausforderungen in Brandenburg ist die Sicherung der Pflege. Die Ampel im Bund und die Regierung im Land haben eine über Jahre gewachsene Unterfinanzierung des Systems zu verantworten. Wir blicken sehenden Auges auf die steigenden Zahlen der pflegebedürftigen Menschen in diesem Land. In Brandenburg sind jetzt schon rund 185.000 Menschen pflegebedürftig. Zum Vergleich: 2011 waren es etwa 96.000. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird weiter zunehmen.

Gegenwärtig werden rund 87 Prozent aller pflegebedürftigen Menschen zuhause und meist von den Angehörigen gepflegt.
Die pflegenden Angehörigen müssen mehr gewürdigt und entlastet werden.

Es braucht daher eine konsequente Politik zur Unterstützung der häuslichen Pflege. Das entspricht dem Wunsch der pflegebedürftigen Menschen. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, frühzeitig auf sich verändernde Bedarfe zu reagieren und entsprechende Angebote vorzuhalten. Hierfür muss der „Pakt für Pflege“ verstetigt und ausreichend finanziert werden. Daneben sind Angebote der Pflegestützpunkte, der Kurzzeitpflege, der Tages- und Nachtpflege – auch für pflegebedürftige Kinder – weiter auszubauen.

Die derzeitige Pflegeversicherung ist nach wie vor nur eine „Teilkaskoversicherung“.
Das bedeutet: Der Anteil aus der Pflegekasse ist gedeckelt und steigt nur marginal – während auf der anderen Seite die Eigenanteile der Pflegebedürftigen jährlich immer weiter steigen. So wird das Pflegeheim immer mehr zur Armutsfalle. Aktuell zahlt ein Pflegeheimbewohner in Brandenburg im Durchschnitt 2260,- Euro pro Monat. Das sind 235,- Euro mehr als im Januar 2023. Diese Kosten sind explodiert, allein zwischen 2021 und 2023 im Bundesschnitt um 41 Prozent. Wir setzen uns daher für einen Pflegekostendeckel ein. Der Eigenanteil der Heimbewohner darf die Brandenburger Durchschnittsrente nicht übersteigen. Land und Bund sind diesbezüglich in der Pflicht, die Finanzierung neu zu regeln. Insbesondere die Investitionskosten sind wie bei Krankenhäusern durch das Land zu finanzieren.

Wir müssen auch gemeinsam das steigende Problem der Einsamkeit im Alter angehen. Es braucht innovative, generationsübergreifende und gemeindenahe Angebote, wie zum Beispiel kommunale Wohnprojekte für altersgerechtes und barrierefreies Wohnen zu sozial verträglichen Mieten.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt sich für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) ein. Dabei wird vor allem der Paradigmenwechsel zu einem personenzentrierten Leistungssystem vorangetrieben, um Menschen mit Beeinträchtigung eine ihren Bedürfnissen entsprechende Teilhabe zu ermöglichen. Damit dieser gesetzlich verankerte Systemwechsel tatsächlich gelingen kann, müssen die Kommunen finanziell entlastet werden. Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt sich daher dafür ein, dass der Bund die damit einhergehenden Mehrkosten übernimmt.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht wird die Weichen für eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe stellen, um Kindern und Jugendlichen mit einer Beeinträchtigung die bestmögliche Unterstützung und Begleitung zu ermöglichen. Es benötigt eine inklusive Ausgestaltung der Kindertageseinrichtungen (einschließlich des Hortbereiches) und ein inklusives Bildungssystem, welches Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen ein Lernen entsprechend ihren individuellen Bedarfen erlaubt.

Zudem machen wir uns stark für eine inklusive Ausgestaltung des Arbeitsmarktes. Hier können öffentliche Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen.

Unsere Ziele:

• Wir wollen Gesundheitsförderung und Prävention zu einem zentralen Handlungsfeld machen. Dabei sind uns sozial benachteiligte Gruppen besonders wichtig, denn sie haben statistisch ein erhöhtes Krankheitsrisiko und eine verringerte Lebenserwartung.

• Wir wollen eine Gesundheits- und Pflegeversorgung, die an den Bedürfnissen der Bürger orientiert ist und nicht an Gewinnmaximierung. Krankenhäuser, Medizinische Versorgungszentren und Pflegeeinrichtungen gehören in kommunale Trägerschaft oder in die Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege.

• Kein Krankenhaus in Brandenburg soll geschlossen werden! Die Krankenhausreform des Bundesgesundheitsministers wird fatale Auswirkungen haben. Wir werden alles daransetzen, dass alle 66 Krankenhausstandorte in Brandenburg erhalten bleiben.

• Wir fordern ein Selbstkostendeckungsprinzip und sprechen uns für ein Verbot aus, Gewinne aus Gesundheitsversorgung zu erzielen.

• Bei der Krankenhausreform müssen Ausnahmen für Brandenburger Krankenhäuser möglich sein, wo sonst die gesundheitliche Versorgung vor Ort nicht mehr gesichert werden kann.

• Die wirtschaftlich schwierige Lage vieler Krankenhäuser muss verbessert werden.

• Das Land muss seiner Verantwortung für auskömmliche Krankenhausinvestitionen dauerhaft nachkommen.

• Unabhängig von der Krankenhausreform, muss es einen echten Rettungsschirm für defizitäre Kliniken geben, um drohende Insolvenzen zu verhindern.

• In strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen soll eine Grundversorgung in sektorenübergreifenden Versorgungszentren mit angelagerten MVZ und Kurzzeitpflegeeinrichtungen sichergestellt werden. Leuchtturmprojekte wie das Krankenhaus in Templin müssen regelhaft werden.

• Eine Zwangsverkammerung der Pflegeberufe wird es mit uns nicht geben.

• Der Rettungsdienst muss auf einem qualitativ hohen Niveau unter Nutzung eines landesweit einheitlichen Telenotarztsystems ausgebaut werden.

• Pflegebedürftige sollen in ihrer gewohnten Umgebung bestmöglich versorgt und Angehörige gut informiert und entlastet werden.

• Wir wollen eine solidarische Pflegevollversicherung als ersten Teil einer Bürgerversicherung, in die alle Bürger einzahlen. Weiterhin wollen wir die Deckelung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen.

2. Wohnen

Der Wohnungsmarkt in vielen Brandenburger Städten insbesondere im Berliner Umland und den Hochschulstandorten, kann den Bedarf nicht decken. Der Sozialwohnungsbestand in Brandenburgs Kommunen ist seit 2015 von 53.107 auf 19.800 im Jahr 2023 gesunken. Während mancherorts Wohnraummangel herrscht, gibt es anderenorts Leerstand. Zu wenige Wohnungen lassen die Mieten besonders in Cottbus, Potsdam und anderen Städten explodieren. Dabei muss Wohnen ein Grundrecht sein und darf nicht Gewinninteressen, sondern muss Gemeinwohlinteressen folgen. Gleichzeitig werden die Kommunen durch die Migrationspolitik der Ampel bei der Unterbringung von Flüchtlingen immer weiter unter Druck gesetzt. Diese Fehler wirken sich auf den Wohnungsmarkt aus. Nicht nur für Studenten und Azubis wird es zunehmend schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auch Durchschnittsverdiener und Familien sind zunehmend chancenlos, eine adäquate Wohnung zu finden und bezahlen zu können. Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen – Alleinerziehende,

Niedriglohnempfänger oder Armutsrentner – werden auch in Brandenburg durch Wohnraumsanierungen und die damit verbundenen Mietsteigerungen aus ihren Wohnungen vertrieben. Die steigenden Energiekosten für Strom und Heizung – wie das Heizungsgesetz – verschärfen dies. Wir werden darüber hinaus sicherstellen, dass es tatsächlich nicht zu einer Bereicherung des Staates bei der Grundsteuerreform kommt und dadurch die Mieten wegen der Umlage auf die Nebenkosten steigen.

Der Anstieg von Obdachlosigkeit ist ein weiterer negativer Effekt, dem entgegengewirkt werden muss. Der soziale Wohnungsbau ist in den letzten Jahrzehnten massiv zurückgefahren worden. Hier muss es zunächst in den Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt massive Investitionen geben, um den günstigen Wohnraum zu schaffen, der in den letzten Jahren und Jahrzehnten verloren ging. Wir wollen den Trend umkehren, zu einem Mehr an sozialen und gemeinnützigen Wohnungen. Dazu werden wir eine Bundesratsinitiative zur Einführung einer echten Wohnungsgemeinnützigkeit initiieren. Ergänzend soll ein Landesprogramm die bedarfsgerechte Versorgung der Menschen mit Wohnungen sowohl in Städten wie auch im ländlichen Raum absichern. Auch eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes kann hier helfen. Eine weitere Privatisierung von Wohnungen und Grundstücken der öffentlichen Hand darf es nicht geben.

Unsere Ziele:

- Begrenzung der Mietsteigerungen durch einen bundesweiten Mietendeckel.

- Auflage eines Programms für sozialen Wohnungsbau. Förderung gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften.

Bildung

Sicherung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen und Verbot von Smartphones und Tablets. Wertschätzung für Lehrerinnen und Lehrer, Abbau von Arbeitsüberlastung durch mehr Personal und Konzentration auf das pädagogische Können – damit endlich keine Unterrichtsstunde mehr ausfällt.

Seit fast 30 Jahren wird das Bildungsministerium von der SPD geleitet. Wesentliche Probleme der Brandenburger Bildungspolitik wie der Lehrermangel oder die Ausstattung der Schulen fallen nicht vom Himmel. Das Brandenburger Bildungssystem gilt als eines der schlechtesten in Deutschland. Brandenburgische Schüler erzielen regelmäßig im Vergleich zu den anderen Bundesländern unterdurchschnittliche Ergebnisse.

Kinder und Familien in Brandenburg brauchen einen wirklichen Kurswechsel in der Bildungspolitik.

Wir stehen für die Sicherung des gesamten Bildungsweges im Flächenland Brandenburg für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und beginnend mit frühkindlicher Bildung in den Kindertagesstätten, in den Schulen und Horten, über die Hochschulen und Universitäten bis zu den Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen.

1. Schule

Die Ausstattung brandenburgischer Schulen ist oft inadäquat: Schulgebäude bröckeln, technische Geräte sind Mangelware und kaputte Geräte werden spät und mit hohem bürokratischem Aufwand repariert. Die Kommunen und Kreise sind nur bedingt in der Lage, Unterhalt und Ersatz zu gewährleisten. Es braucht für unsere Schulen moderne, intakte funktionale Räumlichkeiten und ein funktionierendes, personell gut ausgestattetes Verwaltungsmanagement.

In Brandenburg gibt es seit ca. 20 Jahren Lehrermangel, aktuell sind rund 1.000 Lehrerstellen unbesetzt. Bis 2035 müssen mehr als 13.000 neue Lehrer gefunden werden. Statt zwei Millionen Euro für eine Werbekampagne zur Lehrkräftegewinnung zu verschwenden, muss die Ausbildung von Lehrern in Brandenburg forciert werden und es braucht ein langfristiges Personalentwicklungskonzept. Der Lehrerberuf muss attraktiver werden, indem bspw. Klassengrößen auf max. 25 Schüler begrenzt werden. Die Attraktivität der pädagogischen Berufe (Lehrer und Erzieher) soll durch mehr gesellschaftliche Wertschätzung, Abbau von bürokratischen Belastungen und Arbeitsüberlastung sowie Konzentration auf die pädagogischen Aufgaben gesteigert werden. Ziel muss es sein, die Absolventen der pädagogischen Studiengänge in Brandenburg langfristig an das Land zu binden.

Die Lehrer an den Grundschulen leisten entscheidende Arbeit bei der Befähigung der Kinder in den Klassen eins bis sechs. Wir fordern einen Vorrang im Grundschulunterricht für den Erwerb elementarer Fähigkeiten. Es muss wieder so sein, dass alle Kinder unabhängig vom Elternhaus in der Schule ordentlich Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Dies darf nicht davon abhängen, ob ein Kind zuhause mehr oder weniger Unterstützung bei den Hausaufgaben bekommt. Tablets und Smartphones erschweren das Lernen und die Sprachentwicklung sowie den Erwerb solider Lese- und Schreibfähigkeiten. Deshalb muss der Schwerpunkt wieder auf gedruckten Schulbüchern und dem Fachwissen des Lehrers liegen. Aufgrund des aktuellen Forschungsstands haben viele europäische Länder, etwa Schweden, die Niederlande oder Dänemark die Schul-Digitalisierung gestoppt. Diesen Weg sollte auch Deutschland gehen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt sich in Brandenburg für ein Verbot von Smartphones und Tablets im Unterricht mindestens bis zur 4. Klasse ein. Im Rahmen des Unterrichts sollte in den höheren Klassen über die Möglichkeiten und Gefahren digitaler Medien aufgeklärt und Anleitung zu einem verantwortungsvollen Umgang damit gegeben werden.

Grundschule und Hortbetreuung müssen im Rahmen des Ausbaus der Ganztagsangebote enger vernetzt werden. Ziel muss ein ganzheitliches Bildungs- und Betreuungsangebot sein.

Ober- und Gesamtschulen und ihre Abschlüsse sollen mehr Wertschätzung erfahren. Diese müssen in ihrer Praxisbezogenheit gestärkt werden, so dass sie v. a. für Kinder mit handwerklich-praktischen Begabungen besser als bisher eine wirkliche Lebens- und Berufsvorbereitung sein können. Wir unterstützen eine bessere Durchlässigkeit zwischen Oberschule und Gymnasium und eine stärkere Abstimmung der Lehrpläne beider Schulformen, damit Oberschüler leichter aufs Gymnasium wechseln können und andersherum. Nur die Stärkung der Ober- und Gesamtschulen kann eine wirkliche Chancengleichheit gewährleisten. Hierdurch kann auch ein längeres gemeinsames Lernen über die Klassenstufe 6 hinaus erreicht werden. Beispielgebend können die bestehenden Schulzentren sein.

Auch Gymnasien und berufliche Gymnasien sind angesichts der relativen Vernachlässigung der Oberschule Leidtragende des brandenburgischen Schulsystems. Oftmals wird davon ausgegangen, dass nur der Besuch des Gymnasiums beruflichen Erfolg garantiert, was zur Überbelegung von Gymnasien führt. Die Anstrengungen, die viele Eltern deshalb erbringen, um ihren Kindern ein Bestehen am Gym-

nasium zu ermöglichen, führen für viele Familien zu erheblichen zusätzlichen finanziellen Belastungen. Damit wird Bildung noch stärker vom Geldbeutel der Eltern abhängig.

Klarer definierte Anforderungen für den Besuch des Gymnasiums müssen das Ziel brandenburgischer Schulpolitik werden, damit das Schulsystem unterschiedlichen Begabungen von Heranwachsenden endlich wieder gleiche Erfolgsaussichten einräumt. Wir wollen polytechnische und akademische Begabungen in der Ausbildung wieder stärker zusammenzuführen.

Eine zu hohe Schulabbrecherquote und die hohe Anzahl der Orte ohne Schule im ländlichen Raum zeigen die tiefgreifenden Probleme, die die SPD-Bildungspolitik der letzten dreißig Jahre verursacht hat. Dabei verdient jedes Kind in Brandenburg eine Perspektive erfolgreicher Bildung nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten. Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Dies erfordert politischen Willen und eine Rückbesinnung auf pädagogische Tugenden.

2. Krippe, Kita, Hort

Wir erkennen die große Bedeutung frühkindlicher Betreuung und Bildung für die persönliche Entwicklung von Kindern an. Dazu bedarf es eines Angebotes, das den Bedarf im ganzen Land deckt. Die längst überfällige Neufassung des Kita-Gesetzes, das Eltern, Einrichtungsträgern und Kommunen seit zwei Wahlperioden versprochen wurde, werden wir in Angriff nehmen. Kindertagesstätten und Horte sind weiterhin weder personell noch finanziell ausreichend ausgestattet. Vertretungs- und Qualifizierungszeiten sind zukünftig bei den Personalkostenzuschüssen zu berücksichtigen. Noch immer gilt in Brandenburg ein Betreuungsschlüssel von 1:10 bei Über-Dreijährigen bzw. ab 2025 von 1:4 bei Unter-Dreijährigen. Damit ist eine Kita-Fachkraft für deutlich mehr Kinder zuständig als im Bundesdurchschnitt. Die aktuelle Diskussion um sinkende Kinderzahlen in den Kindertagesstätten sollte daher nicht dazu genutzt werden, Kita-Schließungen vorzubereiten, sondern im Gegenteil als Chance begriffen werden, endlich den Betreuungsschlüssel weiter zu verbessern und noch bessere Betreuung zu ermöglichen. Der wachsende Anteil nicht-deutschsprachiger Kinder bringt zusätzliche Herausforderungen. Manche Kinder besuchen keine Kindertagesstätte und können sich daher keine ausreichenden Sprach- und Sozialkompetenzen aneignen. Dies führt in der Grundschule dann zu weiteren Problemen. Wir fordern daher verpflichtende Sprachtests für Kinder ab drei Jahren, um bei Defiziten mit einem verpflichtenden KITA-Besuch reagieren zu können.

Wir werden das Landesförderprogramm „Kiez-Kita“ fortsetzen und auf noch mehr Einrichtungen ausweiten, um Bildungschancen in Brandenburg zu erhöhen.

Das Land hat beschlossen, die Beiträge für die Kindertagespflege schrittweise für die Drei- bis Sechsjährigen abzuschaffen. Trotzdem werden gerade Familien mit mittleren Einkommen immer noch sehr stark belastet. Hier muss gegengesteuert werden. Die stärkste Belastung findet im Krippenbereich statt. Bildung, auch die frühkindliche Bildung, muss kostenfrei angeboten werden, damit sich Menschen wieder für mehr Kinder entscheiden.

3. Schulsozialarbeit, multiprofessionelle Teams

Für die Rolle und Aufgaben von Schulsozialarbeitern gibt es kein ausreichend konkretes Konzept. Sie sind bei unterschiedlichen Trägern oder Kommunen angestellt. Ihr Einsatz ist nicht langfristig abgesichert, viele Schulen haben keinen.

Die Bildung von multiprofessionellen Teams an den Schulen, bestehend aus pädagogisch-unterstützendem Personal (Erzieher, Sozialarbeiter), Psychologen, Verwaltungspersonal und IT-Beauftragten, kann für eine umfassende

Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer und für eine klare und gerechte Aufgabenverteilung sorgen. Dies führt auch zu weniger Frust und Unterrichtsausfall. Es muss auf 300 Schülerinnen und Schüler mindestens einen Schulsozialarbeiter geben, ohne dass dies zu Lasten der Lehrerstellen geht. Außerdem braucht es die Unterstützung durch Schulkrankenschwestern. Ein Unterstützungsangebot für Lehrkräfte im Umgang mit der wachsenden Heterogenität der Schülerschaft und deren Eltern können Familienzentren in einzelnen Stadtteilen sein. Basierend auf einem Sozialindex sollten diese Angebote gezielt für Brennpunktschulen initiiert werden. Die Zahl der Plätze für das Freiwillige Soziale Jahr an Schulen (FSJ Schule) muss von 120 im Schuljahr 2023/2034 weiter erhöht und den Bedarfen angepasst werden.

4. Rahmenbedingungen für gute schulische Bildung

Brandenburg hat beschlossen, Distanzunterricht auch zukünftig zu ermöglichen. Dies ist angesichts der Erfahrungen in der Corona-Zeit ein Fehler.

In den vergangenen Jahren sind die Brandenburger Lehrer immer mehr mit zusätzlichen Aufgaben belastet worden: Zeitdruck, Konflikte und mangelnde Wertschätzung sind Beispiele für die Bandbreite stressauslösender Faktoren. Wie die GEW mit Studien nachwies, unterrichten Lehrer einen immer geringer werdenden Teil ihrer Arbeitszeit. Zu viel Zeit müssen sie mit zusätzlichen Vorbereitungsarbeiten und administrativen Aufgaben verbringen. Das treibt nicht nur immer mehr Lehrer in den Burn-Out, es ist auch unproduktiv. Daher muss die Struktur der Arbeit außerhalb des Klassenraums neu und besser organisiert werden: organisatorische Aufgaben, Inklusion, psychologische Beratung, Elternkontakt, Geräte- und IT-Technik-Instandhaltung. Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen so entlastet werden, dass sie wieder das tun, was sie am besten können: unterrichten.

Die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung insbesondere in den berlinfernen Regionen unseres Bundeslandes werden seit Jahren nicht ausreichend berücksichtigt. Die Antwort auf den Wegzug der Menschen aus den ländlichen Regionen darf nicht Schulschließung heißen. Entfernungen und die sich dadurch reduzierende Spiel- und Erholungszeit der betroffenen Kinder sind in den Blick zu nehmen. Schulwegezeiten müssen für Kinder verträglicher werden. Zu wenig flexible Schüleruntergrenzen für den Betrieb von staatlichen Schulen werden in Zukunft noch mehr Schulen im ländlichen Raum gefährden. Das Konzept der Ganztagsschule bietet sich zur Sicherung der Standorte besonders an.

Auch die Herausforderungen der Migration für den Schulalltag werden ignoriert. Besonders deutlich ist diese Herausforderung in Bezug auf Sprache. So sind nach Darstellung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg aktuell ca. 10 % der Schülerinnen und Schüler in Brandenburg nichtdeutschsprachiger Herkunft

Damit Kinder sich im Rahmen der Inklusion an Regelschulen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern entwickeln können, benötigen Schulen mehr personelle und materielle Ressourcen. Alarmierend ist der aktuelle Zuwachs an sonderpädagogischen Förderbedarfen: Dies betrifft vor allem den Bereich der sozio-emotionalen Entwicklung. Gemeinsames Lernen bzw. Inklusion kann für viele Kinder eine bereichernde Erfahrung sein und viele wertvolle Ressourcen behinderter Kinder gehen verloren, wenn sie in Förderschulen kommen. Aktuell sind die Einrichtungen hierfür aber nicht ausreichend finanziell und personell ausgestattet. Denn in Brandenburg werden Kinder mit besonderen Lernbedürfnissen zu oft in ihren Bedürfnissen nicht berücksichtigt und die Verantwortung für die besondere Betreuung wird zusätzlich dem Lehrer aufgebürdet. Inklusion ist sinnvoll, hat aber auch Grenzen. Kinder, die ein besonderes Lernumfeld und spezielle Unterstützungsmöglichkeiten benötigen, müssen weiter in speziellen Fördereinrichtungen beschult werden können.

Unsere Ziele:

- Wir fordern bis mindestens zur 4. Klasse eine Schulzeit ohne Smartphones und Tablets – und eine Rückbesinnung auf die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen.

- Mit der Wertschätzung fängt es an: Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen sich wieder auf das konzentrieren können, was sie am besten können: Unterrichten. Deshalb wollen wir an den Schulen unterstützende Teams einrichten, damit die Lehrer wieder in erster Linie als Pädagogen auftreten können – und endlich keine Unterrichtsstunde mehr ausfällt.

- Die Unterrichtssprache in Brandenburg ist und bleibt Deutsch (und Sorbisch); ihr Verständnis ist Grundvoraussetzung für jeden Unterricht. Wir fordern frühere verbindliche Sprachtests.

- Finanzielle und personelle Stärkung von Ober- und Gesamtschule, sodass sie allen Schülern einen qualitativ hohen Schulabschluss ermöglichen.

- Schutz der Unterrichtsqualität in Gymnasien vor Überfüllung durch klarer definierte Aufnahmekriterien: auch Ober- und Gesamtschulen mit guter personeller und finanzieller Ausstattung und starker beruflicher Perspektive verringern die Motivation von Eltern, den Gang aufs Gymnasium zu „erzwingen“.

- Allgemeinverbindliche Bildungs-Maßstäbe: Die Notengebung muss in allen Schulen in Brandenburg der Standard der Leistungsmessung bleiben.

- Qualitativ stärkere Unterstützung der Berufswahl: Etablierung eines integrierten Berufsorientierungsprogramms an den Schulen und organisierte Praktika für Arbeit in Betrieben.

- Schutz der Schulen im Land: Erhalt und Absicherung der bestehenden Schulen.

- Finanzielle Mittel für ein Programm zur Behebung der Ausstattungs- und Baudefizite an Schulen.

- Jede brandenburgische Schule sollte mit mindestens einem Schulsozialarbeiter ausgestattet werden.

- Wir wollen, dass es weiter Förderschulen und Förderzentren für die Schülerinnen und Schüler gibt, die ein besonderes Lernumfeld und spezielle Unterstützungsmöglichkeiten benötigen.

- Reform der Ausbildung des pädagogischen Personals: Studium mit höherem Praxisbezug.

- Wir wenden uns gegen die Militarisierung der Schule. Die Bundeswehr darf an Schulen keine Präsenz zeigen. Einen ‚Wehrkundeunterricht 2.0‘ wird es mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht an brandenburgischen Schulen nicht geben.

- Finanzielle und personelle Stärkung der Kindertagesstätten.

- Das Mittagessen in Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen wird kostenfrei.

5. Hochschulen und Wissenschaft

In Brandenburg gibt es insgesamt 18, bald 19 Hochschulen. Gemeinsam mit hochschuleigener und außeruniversitärer Forschung entwickeln die Hochschulen innovative Lösungen für Technik und Wirtschaft, aber auch für das Verständnis der Entwicklung unserer Gesellschaft und für das Verstehen regionaler und globaler gesellschaftlicher Prozesse. Damit Brandenburgs Hochschullandschaft attraktiv bleibt und die für unser Land wichtigen Innovationen hervorbringt, müssen jetzt Weichen gestellt werden.

Wir begrüßen eine enge Zusammenarbeit unserer Hochschulen mit allen Gesellschaftsbereichen und wollen die erfolgreichen Kooperationen mit Brandenburger Unternehmen unterstützen. Bürokratieaufwand soll, wo möglich, abgebaut werden. Forscherinnen und Forscher genießen Vertrauen und sollen sich auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können.

Die Ausbildungs- und Innovationsfähigkeit der Hochschulen muss durch bessere finanzielle und personelle Ressourcen gestärkt werden, damit wir bestmögliche Ausbildungs- und Forschungsbedingungen garantieren können. Hochschulförderung darf sich nicht auf Universitäten konzentrieren. Es sollte überprüft werden, ob das aktuelle Verhältnis der Finanzierung der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zu Universitäten noch zeitgemäß ist. Die Finanzierungsgrundlagen für die Hochschulen sollten zudem nicht von Kriterien abhängen, die die Hochschulen selbst nicht beeinflussen können. Deshalb treten wir dafür ein, die Immatrikulations- und Absolventenzahl nicht länger als eine Kenngröße heranzuziehen.

Hochschulen gehören zu den großen Arbeitgebern in Brandenburg. Mit ihnen ist ein direkter Beschäftigungseffekt verbunden. Indirekt profitiert die lokale Wirtschaft durch Investitionen, Innovationen und den Zuzug von Studierenden.

Wer das Konzept von lebenslangem Lernen ernst nimmt, muss die Hochschulen auch dabei unterstützen, sich als wichtiger Akteur im Feld der wissenschaftlichen Weiterbildung zu etablieren, beispielsweise indem Konzepte gefördert werden, die eine enge Verzahnung von hochschulischer Weiterbildung und den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg anstreben.

Damit die Hochschulen ihren Bildungs- und Forschungsauftrag erfüllen können, braucht es qualifiziertes Lehr- und Forschungspersonal. Dazu gehören Professoren, wissenschaftliche Assistenten, Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Laboringenieure. Wir setzen uns dafür ein, dass der finanzielle Rahmen zur Verfügung steht, um hochqualifizierte Menschen als Lehr- und Forschungspersonal zu gewinnen und dauerhaft zu halten.

Und das gilt auch für die Situation der Studierenden: Noch immer bestimmt vor allem die soziale Herkunft, wer in Deutschland studiert. Ein Studienabschluss darf aber nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Damit Studieren in Brandenburg überall attraktiv bleibt, müssen die Wohnheime ausgebaut und ihre Mieten abgesenkt werden. Die Kosten für Studierendenwohnungen steigen kontinuierlich, die Nebenkosten explodieren und das studentische Einkommen stagniert. Wohnraum für Studierende muss bezahlbar bleiben. Die Studierendenwerke sind bei der Schaffung von günstigem Wohnraum zu unterstützen, insbesondere für Studierende mit Behinderung und Studierende mit Kindern.

Der wissenschaftliche Nachwuchs in Brandenburg soll seine berufliche Zukunft sicherer planen können. Hierfür fordern wir tarifgebundene Arbeitsverträge in Vollzeit (nur auf eigenen Wunsch in Teilzeit), mit Mindestlaufzeiten nicht unter einem Jahr sowie einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte. Ebenso wie an Universitäten soll es an den Fachhochschulen Promotionsrecht und unbefristete Assistenzstellen geben. Damit wird die Forschungstätigkeit der Hochschulprofessoren gestärkt, die im Vergleich zu den Universitätsprofessoren eine deutlich höhere Lehrbelastung haben.

Wir werden uns für eine neue Gestaltung von Steuerungsinstrumenten in der Wissenschaft einsetzen. Wir stehen für eine Stärkung von Hochschulgremien gegenüber den Hochschulleitungen. Die Finanzierung der Hochschulen soll weniger stark von ihren Drittmitteleinwerbungen abhängig gemacht werden, stattdessen soll die Grundfinanzierung gestärkt werden. Die Unterschiede in den Leistungsbezügen sollen weniger stark an technischen Kriterien und Verhandlungsgeschick der Einzelnen ausgerichtet sein. Wir treten dafür ein, Studiengänge wieder inhaltsorientierter und formal flexibler zu machen.

Zwei besonders sensible Bereiche sind die Lehrerausbildung und die Gewinnung von Allgemeinmedizinern für Brandenburg.
Seit Jahren herrscht insbesondere für diese Bereiche Mangel und deshalb muss die Politik die Rahmenbedingungen ändern. Überfällig ist, dass nach 30 Jahren das Land endlich selbst

Ärzte ausbilden wird. Das Konzept der medizinischen Hochschule in Cottbus verknüpft jedoch die Ausbildung von Ärzten nicht genügend mit den Tätigkeiten der Pflege. Hier soll die neue Hochschule in Kooperation mit der BTU Cottbus-Senftenberg eine Vorreiterrolle in der Neuverteilung der Aufgaben von ärztlichem und Pflegepersonal übernehmen. Maßnahmen wie das Brandenburger Landärzteprogramm für Medizinstudierende müssen massiv erweitert werden.

In der Lehrerausbildung benötigen wir eine Reform der Ausbildung des pädagogischen Personals: ein Studium mit Praxisbezug vom Beginn des Studiums an. Beispielsweise in der Mathematik und in den Naturwissenschaften ist seit Jahren bekannt, dass das Studium viel zu sehr auf hoch spezialisiertes Expertenwissen ausgerichtet ist und nicht auf die Bedürfnisse begabter junger Menschen mit pädagogischer Eignung eingeht. Brandenburg muss Vorreiter werden für ein Lehramtsstudium, das keine Nachwuchswissenschaftler hervorbringen will, sondern fachlich und pädagogisch exzellent ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer.

Hochschulen sollen die Orte sein, an denen Menschen die Kompetenzen erwerben, um nicht nur die Probleme von heute, sondern auch von morgen zu lösen. Klimawandel, Veränderung der Arbeitswelt durch Digitalisierung, explodierende soziale Ungleichheit: die Herausforderungen von heute und morgen sind groß. Wer „Future Skills“ erwerben soll, kann das aber nicht an einer Hochschule, an der noch Technik und Methoden von gestern zum Einsatz kommen. Daher streben wir eine Ausstattung der Hochschulen auf höchstem technischem Niveau an, damit sie zu Laboren werden, in denen die Lösungen für morgen erprobt werden können.

Unsere Ziele:

- Stärkung der Brandenburger Hochschullandschaft für die Bedürfnisse Brandenburgs, auch in Kooperation mit Handwerk und Industrie.

- Grundlegende Reform des Lehramtsstudiums zur Sicherstellung von fachlich und pädagogisch exzellent ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern.

- Aufstockung der Stipendien für solche Medizinstudierende, die sich verpflichten, als Allgemeinmediziner in Brandenburg nach der Facharztausbildung tätig zu werden. Auch für Fachärzte, für deren Fachrichtung eine Unterversorgung in Brandenburg zu erwarten ist, halten wir solche Stipendien für sinnvoll.

- Investitionen in Infrastruktur für Studierende, insbesondere in Wohnheime und Kinderbetreuung.

- Attraktive Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler durch Vollzeitstellen und Verringerung von Befristungen.

- Verzahnung von Weiterbildung in den Hochschulen und den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen in Brandenburg.

Wirtschaftliche Vernunft

Noch verfügt Deutschland über eine solide Industrie und einen erfolgreichen, innovativen Mittelstand. Aber die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Unsere öffentliche Infrastruktur ist in einer für ein führendes Industrieland blamablen Verfassung. Seit durch die Russlandsanktionen und vermeintliche Klimapolitik auch noch Energie schlagartig teurer wurde, droht unserem Land der Verlust wichtiger Industrien und hunderttausender gut bezahlter Arbeitsplätze. Viele Unternehmen erwägen eine Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland. Andere sind in ihrer Existenz bedroht. Wir legen Wert darauf, dass das Land seine Verantwortung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz in vernünftiger und sozial gerechter Weise wahrnimmt.

Wir wollen Klima- und Umweltschutz, insbesondere durch ingenieurtechnische Innovationen, deren Umsetzung schnellstmöglich erfolgen kann und nicht Jahrzehnte in Anspruch nimmt.

Wir wollen öffentliche Förderung und Bürgerbeteiligung bei der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und eine stärkere Beteiligung von Kommunen und ihren Bürgern am Gewinn aus Solar- und Windparks. Dass Brandenburg zu den Bundesländern gehört, in denen Unternehmen und Verbraucher die höchsten Netzentgelte und damit höhere Strompreise zahlen, ist Hohn für die Menschen in Brandenburg, die bereits unter dem massiven Ausbau der PV- und Windkraftanlagen in ihrem Umfeld leiden. Es kann nicht sein, dass die Brandenburger Strom für Bayern und Baden-Württemberg produzieren und höhere Strompreise als dort zahlen.

Ein Vorziehen des Braunkohleausstiegs wird es mit uns nicht geben. Im Gegenteil.

Ein gelingender Strukturwandel und die Einbeziehung der Menschen in der Lausitz, die Schaffung und Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen, Energie- und Versorgungssicherheit sowie der verlässliche und planbare Ausbau der Wasserstoffwirtschaft/-technologie in der Lausitz sind Voraussetzung für den Ausstieg aus der Braunkohle.

Klimaschutz muss sich für die Bürger rechnen und nicht das Leben immer teurer machen. Überbordende Bürokratie und die stattfindende Aushöhlung des kommunalen Planungsrechts, angeblich im Sinne des Klimaschutzes, lehnen wir ab. Stattdessen brauchen wir intelligente Strategien der Anpassung, um die Folgen des Klimawandels für Mensch und Umwelt abzuschwächen.

Hierzu gehören z.B. der Schutz vor Überschwemmungen, die Förderung des Anbaus resilienter Pflanzen gegen Trockenheit und die Förderung von Investitionen in den Hitzeschutz und die Gebäudekühlung z.B. in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Wir streben insgesamt eine innovative Wirtschaft mit fairem Wettbewerb, gut bezahlten sicheren Arbeitsplätzen, einem hohen Anteil industrieller Wertschöpfung, einem gerechten Steuersystem und einem starken Mittelstand an. Dafür wollen wir Marktmacht begrenzen und marktbeherrschende Konzerne entflechten. Wo Monopole unvermeidlich sind, müssen die Aufgaben gemeinnützigen Anbietern übertragen werden.

Wir brauchen einen Zukunftsfonds zur Förderung innovativer heimischer Unternehmen und Start-ups. Deutschland als exportstarkes und rohstoffarmes Land braucht eine Außenwirtschaftspolitik, die auf stabile Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern, statt auf neue Blockbildung und ausufernde Sanktionen setzt und die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt.

1. Arbeit

Die Regierungen in Bund und Land hat die Härten des Strukturbruchs von 1990 auch mehr als 30 Jahre nach der Wende noch immer nicht korrigieren können. Das Brandenburger Einkommensniveau steht noch weit unter dem Bundesdurchschnitt und gut bezahlte, weil tarifgebundene Arbeitsplätze wesentlich seltener sind. Fast dreieinhalb Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit liegt der durchschnittliche Lohn in Brandenburg immer noch mehr als 800 Euro monatlich unter dem in Westdeutschland. Die Tarifbindung liegt in Brandenburg deutschlandweit mit am niedrigsten, nur 19 % der Betriebe fallen im Land darunter. Das hat Auswirkungen auf die Lohnhöhe, den Urlaubsanspruch und insbesondere die Renten der Beschäftigten. Befristungen und Kettenverträge sind nach wie vor Alltag in Brandenburg.

Aufgrund der Zerstörung der ostdeutschen Industrie und oft jahrelanger Arbeitslosigkeit war auch in Brandenburg für sehr viele Familien kein größerer Vermögensaufbau möglich. Die jahrelange Strategie, sich mit dem Status eines Niedriglohnlands auch noch zu rühmen, hatte sozial verheerende Folgen. Ansiedlungen westdeutscher Großkonzerne („verlängerte Werkbank Ost“) konnten diese Entwicklung nicht aufhalten, wobei die Masse des Steueraufkommens dieser Betriebe gar nicht hier gezahlt wird, sondern am Stammsitz des Unternehmens. Betriebe müssen sich an die Mitbestimmungsgesetze halten. Außerdem müssen die, die Fördermittel bekommen, mindestens Tariflohn zahlen.

Auch in Brandenburg wird in vielen Unternehmen der Arbeitsschutz verletzt und die Arbeitszeitvorgaben werden missachtet. Das hängt auch mit den zu selten durchgeführten Kontrollen und fehlendem Personal zusammen.
Eine Privatisierung von kommunalen und Landesaufgaben lehnen wir ab. Die Erfahrungen mit Privatisierungen der Grundlagen der Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Wasser, Energie) zeigen, dass diese nicht funktionieren und haben in der Regel zu geringeren Lohnstandards geführt. Deshalb gehören diese Strukturen in öffentliche Hände.

Daseinsvorsorge und soziale Betreuung funktionieren nur mit genügend motiviertem Personal. Daher müssen – nach Jahren des Stillstands – soziale Berufe finanziell und politisch aufgewertet werden. Das kann auch auf Landes- und Kommunalebene umgesetzt werden, weil viele dieser Berufe finanziell vom Land und den Kommunen gefördert werden. Neben dem Gewinn an Kaufkraft in der Bevölkerung kann damit die Lohnschere zwischen Männern und Frauen weiter angeglichen werden.

2. Ausbildung

Auch Ausbildungen müssen finanziell attraktiver werden, sodass wir den zukünftigen Fachkräftebedarf decken können. Wir brauchen nicht Zuwanderung aus der ganzen Welt, die bei uns die Löhne drückt und den Herkunftsländern ihre Arbeitskräfte abzieht, sondern wir müssen unseren Nachwuchs gut ausbilden. Dafür benötigen junge Menschen aber genügend Anreize. Ausbildungen müssen besser entlohnt werden und eine Perspektive für späteren beruflichen Aufstieg bieten. Berufsqualifizierungen und Meister-Weiterbildungen sowie Umschulungsprogramme, die dem gesellschaftlichen Arbeitskräfte-Bedarf und den Eignungen der Interessenten entsprechen, sind stärker zu fördern und zu bewerben.

Vor allem im ländlichen Raum ist der Mangel an gut Ausgebildeten spürbar. Niemand braucht sich zu wundern, dass junge Familien ländliche Regionen verlassen, wo es an Treffpunkten, Nahversorgung, Gaststätten, Vereinen und Behörden mangelt. Damit einher geht die zunehmende Vereinsamung von älteren Menschen, nicht nur auf dem Land. Wir möchten dem entgegenwirken und machen uns für eine Stärkung generationenübergreifender Hilfe, etwa durch eine Verbesserung der Finanzierung von Alltagshelfern, stark. Hier werben wir für die Idee eines Modellprojektes, um interessierte Arbeitslose in sichere und langfristige Beschäftigung zu führen.

Unsere Ziele:

- Gesetzliche Renten unter 2.000 Euro im Monat müssen steuerfrei bleiben. Dazu muss die Landesregierung eine Initiative in den Bundesrat einbringen.

- Ungenügend bezahlte Arbeit führt zu geringen Renten, daher setzen wir uns über eine Bundesratsinitiative für einen Mindestlohn von mindestens 14 Euro ein und fordern ein Rentensystem nach dem Vorbild Österreichs, wo die Renten im Schnitt 800 Euro höher sind. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch Abgeordnete und Beamte.

- Wir streben an, dass in wesentlich mehr Branchen in Brandenburg die Allgemeinverbindlichkeit des dort geltenden Tarifvertrags erklärt wird.

- Außerdem braucht Brandenburg ein Tariftreuegesetz, allgemeinverbindliche Tarifverträge und einen höheren Vergabemindestlohn. Öffentliche Aufträge gehen nur noch an Betriebe, die Tariflohn zahlen.

3. Wirtschaft

Unsere Vision einer leistungsfähigen Wirtschaft und modernen Arbeitswelt in Brandenburg gründet auf den Grundwerten des Bündnis Sahra Wagenknecht – soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Arbeit ist für uns auch ein zentraler Ausdruck von Würde und Selbstverwirklichung eines jeden Menschen.

Das Rückgrat der brandenburgischen Wirtschaft bilden kleine und mittelständische Betriebe der Metallerzeugung, Metallverarbeitung, Kunststoffindustrie, Chemieindustrie, Ernährungswirtschaft, Optik, Photonik, des Fahrzeug- und Maschinenbaus sowie den damit verbundenen Dienstleistungen Transport und Logistik. Daneben ist Brandenburg stark in Produktion, Handwerk, Handel, Dienstleistung, der Landwirtschaft, im Tourismus. Durch gezielte finanzielle und administrative Unterstützung werden wir diese in die Lage versetzen, die Herausforderungen in Digitalisierung, Fachkräftesicherung und Transformation zu meistern und die damit verbundenen Chancen zu ergreifen. Nicht nur Tesla verdient die volle Aufmerksamkeit der Landesregierung. Es muss eine gerechte Verteilung der Fördermittel aus dem Steueraufkommen geben: Wenn Unternehmen, wie der US-Konzern Intel, für eine neue Chipfabrik zehn Milliarden Euro an öffentlichen Zuschüssen erhalten, dürfen innovative Ansiedlungen beispielsweise in Guben, Lauchhammer oder Schwarzheide nicht leer ausgehen.

Beispiel Handwerk: 40.000 Betriebe mit über 160.000 Beschäftigten in Brandenburg tragen zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes bei. Die Leistungen unseres Handwerks sind vor allem individuelle Problemlösungen vor Ort. Ständige Anpassungsfähigkeit und Neuentwicklungen werden durch gut qualifizierte Betriebsinhaber und gut ausgebildete Mitarbeiter sichergestellt. Das Handwerk selbst hat kontinuierlich auf hohem Niveau ausgebildet und sorgt auch in Zukunft dafür, jungen Menschen ein Angebot zu machen. Und dafür brauchen wir gute Rahmenbedingungen für alle Betriebe, im ländlichen und städtischen Bereich.

Wir setzen uns dafür ein, dass es überall in Brandenburg schnelles Internet gibt und die Lücken im Mobilfunk endlich flächendeckend beseitigt werden. Es kann nicht sein, dass das Land diese Aufgabe immer noch nicht erledigt hat.

In Deutschland werden Unternehmen, ob aus Industrie, Landwirtschaft oder dem Dienstleistungsbereich, durch eine überbordende und bevormundende Bürokratie behindert. Dadurch werden Kostenbelastungen verursacht, kleine Unternehmen von Förderchancen ausgeschlossen, Innovationen verzögert und verhindert. Orientiert an der Idee von wirtschaftlicher Vernunft werden wir Prozesse verschlanken und transparent machen, Berichts- und Nachweispflichten reduzieren und die Digitalisierung in der Verwaltung beschleunigen. Hier belegt Brandenburg einen der hinteren Plätze im Bundesvergleich.

Unternehmen sollen durch unbürokratische Verfahren und schnelle, verlässliche Entscheidungen der Politik unterstützt werden.

Brandenburg soll ein erfolgreicher Standort für Start-ups werden. Wir werden die Hürden der strangulierenden Bürokratie abbauen und die Potenziale der Nähe zur Bundeshauptstadt nutzen, um gezielt Ansiedlungen in Brandenburg zu erreichen. Wir streben für Gründer zeitlich begrenzte Befreiungen von unnötigen Regulierungen an und unterstützen bei der Vernetzung mit potenziellen Kapitalgebern und Forschungseinrichtungen. Start-ups können einen relevanten Beitrag dazu leisten, den Status Brandenburgs als Standort für „verlängerte Werkbänke“ zu überwinden.

Die Energiepolitik der Ampel hat die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland akut und langfristig geschädigt. Die Energiepolitik in Brandenburg werden wir wieder vom Bedarf der Betriebe und der Bevölkerung ableiten. Dabei fördern wir den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen – auch als Basis für grünen Wasserstoff. Die Nutzung von Erdgas und Kohle ist für eine sichere Energieversorgung der brandenburgischen Betriebe weiterhin erforderlich. Ein Verzicht auf diese fossilen Energiequellen kann nur in Abhängigkeit der Verfügbarkeit alternativer Technologien und Energieträger erfolgen.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg hängt auch immer mehr von der Sicherung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ab. Zuletzt gerieten die erheblichen Wasserbedarfe der Großansiedlungen, u. a. von Tesla in Grünheide und der Energiewirtschaft in der Lausitz mit den Beschränkungen der Versorgung der Bevölkerung im Berliner Umland in Konflikt. Unter Beachtung des Grundsatzes des schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen muss das Land unverzüglich eine landesweite Wasserversorgungsstrategie aufstellen.

Internationale Handelsbeziehungen zum gegenseitigen Vorteil, Investitionen ausländischer Unternehmen in Brandenburg und das Engagement Brandenburger Unternehmen in aller Welt waren immer charakteristisch für unsere Wirtschaft. Auch in Zukunft werden wir die Wirtschaft ermutigen und unterstützen, befruchtende globale Aktivitäten zu starten bzw. auszubauen.

Auch brandenburgische Unternehmen stehen vor der Aufgabe, vorausschauende Personalstrategien zu entwickeln, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu erfüllen sowie Weiterbildung ihrer Arbeitskräfte sicherzustellen. Mit Programmen zur Förderung der Qualifizierung unter Einbeziehung von Berufsschulen und Hochschulen werden wir dafür entscheidende Unterstützung bieten. Der Ausbau dezentraler, lokaler Institutionen der Berufsausbildung (Hochschulen und Berufsschulen) wird die Umsetzung dieser Perspektive erleichtern.

Fördermittel sind ein bedeutendes Instrument der Stärkung der Brandenburger Wirtschaft. Um dem Wildwuchs aus verschiedenen Förderprogrammen zu begegnen, streben wir eine sinnvolle Zusammenlegung der „Fördertöpfe“ an. Das GRW-G (Wachstumsprogramm für kleine Unternehmen) ist auszubauen und einfacher zu gestalten.

Mit dem zielgerichteten Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe in Landwirtschaft und Industrie fördern wir krisensichere ökonomische Stabilität, lokale Identifikation und ökologische Balance.

Unsere Ziele:

- Unbürokratische Verfahren und schnelle, verlässliche Entscheidungen in der Politik und finanzielle und administrative Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe in Produktion, Handwerk, Handel, Dienstleistung, Landwirtschaft, Tourismus und weiteren Bereichen.

- Ein Förderschwerpunkt werden die Betriebe des Mittelstands, und nicht ausschließlich die Großbetriebe, damit die zahlreichen kleinen und mittleren Betriebe finanzielle Mittel zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zur Anhebung

der Löhne ihrer Mitarbeiter erhalten, die seit etlichen Jahren keine Lohnerhöhungen bekommen konnten.

- „Tesla-Geschwindigkeit“ bei allen Vorhaben und für alle Unternehmen.

- Einen Kohleausstieg vor 2038 wird es mit uns nicht geben.

- Die Gewinne der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sollen den Bürgern zugutekommen. Deswegen wollen wir z. B. Bürgerwind- und Bürgersolarparks sowie Bürgerstrom-Modelle fördern.

- Schnelles Internet in ganz Brandenburg und ohne Funklöcher.

- Befreiung von Regulierungshürden bei Start-ups sowie ein tatsächlicher Bürokratieabbau.

4. Landwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg zukunftssicher gestalten.

In Brandenburg gab es im Jahr 2023 insgesamt 5.370 landwirtschaftliche Betriebe, davon gut 800 im Ökolandbau. Brandenburgs Landwirte bewirtschaften 1,3 Millionen Hektar genutzte Fläche. Die landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über eine durchschnittliche Betriebsgröße von 242 Hektar. Von der landwirtschaftlichen Fläche werden über 40 Prozent durch Ackerbaubetriebe, 36 Prozent durch Futterbaubetriebe und 12 Prozent durch Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe genutzt. 180 eingetragene Agrargenossenschaften bewirtschaften 231.800 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Im Land Brandenburg wurde im Jahr 2023 in rund 340 Betrieben 530.000 Schweine, in 2.150 Betrieben 425.000 Rinder gehalten sowie in 280 Betrieben 126.000 Milchkühe. Die Viehhaltung in Brandenburg ist jedoch rückläufig.

Nicht nur die klimatischen Veränderungen, die Schweinepest sowie die Vogelgrippe haben die Land- und Forstwirte in den letzten Jahren stark belastet, sondern auch politische Entscheidungen gegen eine funktionierende Landwirtschaft durch die politischen Verantwortlichen im Land. Die forstwirtschaftlichen Betriebe sind weiterhin durch die massive Verbreitung des Borkenkäfers stark betroffen. Zusätzlich stellen Fachkräftemangel, Billiglohnkonkurrenz aus dem Ausland und Kostensteigerungen die landwirtschaftlichen Betriebe vor hohe Herausforderungen. Die Inflation und die steigenden Energiepreise sind auch an den Brandenburger Bauern nicht vorbei gegangen. Weitere Belastungen für Landwirte, wie sie die Bundesregierung jüngst beschlossen hat (Agrardiesel), lehnen wir ab. Die Abhängigkeit unserer Bauern und Landwirte von Grundeigentümern, Großmolkereien und -schlachtereien und das Oligopol der Lebensmittelkonzerne wollen wir aufbrechen. Wir wollen kurze transparente Lieferketten, die Abhängigkeiten vom Weltmarkt verringern und unsere Ernährungssicherheit stärken. Dafür brauchen wir nicht nur regionale Produktion, sondern auch regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen.

Die Landwirte sind zudem mit einer besonders überbordenden Bürokratie belastet. Wir werden Belastungen abbauen. Hierzu hat der Landesbauernverband „55 Vorschläge zum Bürokratieabbau“ im Februar 2024 gemacht.

Der Zugang zu Grund und Boden ist die entscheidende Zukunftsfrage der brandenburgischen Landwirtschaft. Die Landesregierung hat mit dem Scheitern des Agrarstrukturgesetzes bewiesen, dass sie nicht Willens und in der Lage ist, diese Frage zu beantworten. Insbesondere im sogenannten Speckgürtel sind die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen inzwischen ins Unermessliche gestiegen. Hinzu kommt die zunehmende Versiegelung von landwirtschaftlicher Nutzfläche. Immer mehr orts- und landwirtschaftsfremde Investoren kaufen sich in Betriebe ein oder übernehmen diese vollständig.
Wir setzen uns dafür ein, dass die BVVG-Flächen in Landeshoheit überführt und nur an ortsansässige Familienbetriebe und Agrargenossenschaften verpachtet werden.

Photovoltaikanlagen müssen zuerst auf bereits versiegelten Flächen, Deponien und ehemaligen Truppenübungsplätzen entstehen.

Wir bekennen uns zur flächendeckenden Landbewirtschaftung. Und wir wollen Land- und Forstwirtschaft mit Ernährungswirtschaft, Holzverarbeitung, Umweltschutz, Klimaschutz und erneuerbaren Energien zusammendenken. Die Land- und Forstwirtschaft hat viel Potenzial für nachhaltige Lösungen. In Waldrestholz, alternativen Treibstoffen vorrangig aus Reststoffen vom Acker und aus dem Stall sowie Biogasanlagen sehen wir einen wichtigen Beitrag im zukünftigen Energiemix. Wir unterstützen die Maßnahmen für den Aufbau und den Erhalt von Humus im Boden, zum Schutz vor Starkregen, Hitze und Spätfrösten. Der Waldumbau ist auch wegen der Waldbrandprävention voranzutreiben.

Die überbordende Belastung viehhaltender Betriebe, die häufig zu einer Verlagerung der Tierproduktion in Länder mit wesentlich geringeren Tierschutzstandards und Lohndumping führt, wollen wir reduzieren. Wir wollen einen Masterplan zur Stärkung der Tierhaltung auf den Weg bringen zur deutlich stärkeren Unterstützung der viehhaltenden Betriebe.

Eine Neustrukturierung und Optimierung von Verwaltungsprozessen mit dem Ziel der Reduzierung von Doppel- und Mehrfachdokumentationen ist aus unserer Sicht notwendig. Die Digitalisierung soll für und nicht zulasten der Betriebe erfolgen. Die Agrarförderung ist deutlich einfacher zu gestalten (z.B. Konditionalitätsregeln wie Fruchtfolge, Stilllegung und Mindestbodenbedeckung) Mehrfacherhebungen von Daten für unterschiedliche Programme (z.B. Flächenregister) sind zu beenden. Die Landwirtschaftsbetriebe benötigen eine höhere Flexibilität entsprechend des Verlaufs der Vegetationsperiode in Absprache mit den Umwelt- und Landwirtschaftsbehörden. Förderungen müssen praxisnäher erfolgen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) beispielsweise muss ihre Einjährigkeit zugunsten einer Mehrjährigkeit aufgeben. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Abschaffung der Grundsteuer A ein, da sie mehr Aufwand verursacht als Einnahmen bringt.

Die durch die Umweltpolitik der EU geforderte Bestandsstärkung von Arten wie Wolf, Biber oder Kormoran machen ein aktives Wildtiermanagement erforderlich. Bei Beeinträchtigung betriebswirtschaftlicher Belange ist dabei ein finanzieller Ausgleich zu gewähren. In Gefahrensituationen für Nutztierbestände, Deichanlagen und Fließgewässer muss ein artenschonender Eingriff zulässig sein.

Ziel einer sinnvollen Agrarpolitik für Brandenburg ist es, die landwirtschaftlichen Unternehmen in die Lage zu versetzen, unsere Bevölkerung ausreichend mit landwirtschaftlichen Produkten versorgen zu können. Nur so kann eine Ernährungssicherung erreicht werden. Dazu gehören wichtige Rahmenbedingungen, die nur durch den Bundestag oder die EU geregelt werden können, wie Preisstabilität, Schutzzölle auf bestimmte Agrarimporte oder den Erhalt von Steuervorteilen bei Agrardiesel. Außerdem transparente und unabhängige Genehmigungsverfahren für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, die sichere und bezahlbare Produkte auf den Markt bringen.

Regional verankerte Landwirtschafts- und Landschaftspflegeverbände sind genau-so wie Naturschutzverbände frühzeitig in Beratungen einzubeziehen.

Unsere Ziele:

- Finanzielle Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Anpassung an geänderte Klima- und Wetterbedingungen und dem Einsatz umwelt-, boden- und klimaschonender Agrartechniken und Anbausysteme.

- Ausbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen durch langfristige Förderprogramme zur Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte vor Ort.

- Reform des Bodenmarktes – landwirtschaftliche Flächen müssen vorrangig für ortsansässige Landwirte zur Verfügung stehen und dürfen nicht als Spekulationsgut für Investoren dienen.

- Schaffung eines Agrarstrukturgesetzes.

- Keine weitere Versiegelung von landwirtschaftlicher Nutzfläche.

- Stärkung der Ausbildung für landwirtschaftliche Berufe, Schulprojekte vor Ort, um das Verständnis für und das Interesse an diesen Berufsfeldern zu steigern.

- Aktive Unterstützung der Forstbetriebe und der privaten Waldbesitzer bei der Beseitigung von Schadholz durch den Borkenkäfer, statt Androhung von Strafzahlungen.

- Der Ausbau des schnellen und flächendeckenden Internets ist auch für eine moderne Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft unverzichtbar.

- Erhöhung der Förderung für junge Landwirtinnen und Landwirte bei der Übernahme oder Gründung eines Agrarbetriebes.

- Langfristige Rechtssicherheit und eine verlässliche Agrarpolitik, damit Investitionen planbar sind und nicht zum Insolvenzrisiko werden.

5. Ländlicher Raum und Tourismus

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Der ländliche Raum mit seinen Städten und Dörfern ist genauso wichtig wie die Landeshauptstadt Potsdam, die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder), und Cottbus oder der urbane Raum in der Nähe Berlins. Über Jahrzehnte wurde durch falsche Politik das Leben im ländlichen Raum immer unattraktiver gemacht, sodass der Altersdurchschnitt in den ländlichen Regionen immer weiter steigt. Durch den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie medizinische Versorgung, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) oder von kulturellen Angeboten, lassen sich immer weniger Menschen im ländlichen Raum nieder. Unser Ziel ist es, das Verhältnis zwischen Stadt und Land wieder auszugleichen, damit es für Alt und Jung attraktiv ist, auf dem Land zu wohnen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt sich entschieden für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land im gesamten Land Brandenburg ein.

Mit seinen UNESCO-Welterbestätten (Potsdamer Schlösser und Parks, Buchenwald von Grumsin, Bauhausstätte in Bernau) und landschaftlich reizvollen Regionen, wie z.B. dem Spreewald hat Brandenburg eine große Anziehungskraft für Besucher aus aller Welt. Allein im Jahr 2023 wurden in den Brandenburger Beherbergungsbetrieben 14,2 Millionen Übernachtungen von 5,2 Millionen Gästen gezählt.

Der Tourismussektor zählt in Brandenburg ca. 95.000 Beschäftigte in fast 10.000 Unternehmen. Gemeinsam stehen sie für eine Wirtschaftskraft von rund 7,0 Milliarden Euro im Jahr. Tourismus, zu dem auch ein exzellentes Angebot im Gesundheitstourismus zählt, leistet einen wichtigen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung in Stadt und Land und stellt damit einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Um diesen Wirtschaftszweig weiter auszubauen, bedarf es erheblicher Anstrengungen, die verfügbaren Fachkräfte zu halten und neue zu gewinnen. Voraussetzung dafür sind eine faire Bezahlung, vernünftige Arbeitsbedingungen und eine praxisorientierte Ausbildung.

Die in den Tourismus fließenden Ressourcen müssen besser genutzt werden, zum Nutzen der Touristen, aber auch der fast 100.000 Beschäftigten. Dabei brauchen wir eine gute Balance zwischen der Entwicklung des Tourismus und den Interessen unserer Einwohner. Wir unterstützen die wachstumsstarken Sparten des Brandenburger Tourismus wie Naturerlebnisse, Wassertourismus, Städtereisen sowie Rad- und Wandertourismus

Unsere Ziele:

- Eine flächendeckende und hochwertige Infrastruktur, die den Bedürfnissen der ländlichen Regionen gerecht wird.

- Auflage eines Förderprogramms für die Sanierung, auch von kleineren Kreis- und Gemeindestraßen mit weniger Bürokratie.

- Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln und keine Diskriminierung aller, die auf das Auto angewiesen sind.

- Zügiger und flächendeckender Ausbau zu schnellem Internet.

- Erhalt aller Schulstandorte im ländlichen Raum.

- Eine wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung durch Förderung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) und Ambulant Stationären Zentren (ASZ) an kleinen Krankenhäusern.

- Einsatz von Gemeindeschwestern und Dorfkümmerern.

- Neuerrichtungen statt Schließungen sozialer Einrichtungen der Kommunen (wie Begegnungszentren, Clubs, Bäder, Sportzentren) um sozialen Zusammenhalt gerade in strukturschwachen Gegenden zu ermöglichen.

- Förderung von Treffpunkten, wie Dorfgemeinschaftshäusern. Auch die langfristige Förderung und Etablierung von Kinder- und Jugendclubs sowie Familien- und Begegnungszentren insbesondere in ländlichen Gegenden und kleineren Städten ist für uns von großer Bedeutung.

- Jeder Mensch soll unabhängig von seinem Wohnort Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten haben. Dabei muss es das Ziel sein, dass qualitative Kulturangebote nicht nur in Ballungszentren, sondern auch im ländlichen Raum angeboten werden und stattfinden.

6. Verkehrspolitik

Wir stehen vor der Herausforderung, Verkehrspolitik so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen unserer Gesellschaft in einer sich wandelnden Welt gerecht wird.

Unser Ziel ist es, eine ausgewogene Balance zwischen Bewährtem und Neuem zu finden. Wir setzen auf bewährte Verkehrswege und Infrastruktur, während wir gleichzeitig neue Technologien und Konzepte integrieren, um Mobilität effizienter, umweltfreundlicher und sicherer zu gestalten. Dabei achten wir auf eine soziale Balance. Umweltschutz darf der Notwendigkeit, im Alltag oft den Individualverkehr nutzen zu müssen, nicht vorgehen.

Ein zentraler Punkt unseres Politikverständnisses ist dabei die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen. Belehrungen und Verbote lehnen wir ab, stattdessen setzen wir auf die Macht der Überzeugung.

Mobilität steht nicht primär mit einem bestimmten Verkehrsmittel in Zusammenhang, sondern bedeutet lediglich die Möglichkeit, von A nach B zu kommen. Dies begreifen wir als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss für die gesamte Bevölkerung unabhängig vom Besitz eines Kraftfahrzeugs möglich sein.

Statt Autofahrern und Autofahrerinnen geringschätzig gegenüberzutreten und immer neue Methoden der Gängelung und Preiserhöhung zu überlegen, treten wir jenen mit Respekt gegenüber, die sich tagtäglich durch den Stau kämpfen, um zur Arbeit zu gelangen. Autofahren darf nicht zum Privileg werden, sondern muss insbesondere in ländlichen Regionen für die breite Masse der Bevölkerung bezahlbar sein. Wir lehnen das „Verbrennerverbot“ ab und fordern niedrigere Spritpreise, die immerhin heute zur Hälfte aus Steuern und Abgaben bestehen. Der CO2-Preis, der auch die Spritpreise treibt, gehört abgeschafft!

Ein benutzerfreundlicher und preiswerter ÖPNV ist entscheidend für die Lebensqualität und die Mobilität der Menschen in Brandenburg.

Der Schienenpersonennahverkehr ist das Herzstück eines funktionierenden öffentlichen Verkehrsnetzes. Entscheidende Vorteile weist die Bahn in den Bereichen Kapazität, Energieeffizienz, Unabhängigkeit vom Straßenverkehr und Reisegeschwindigkeit auf. Deshalb wollen wir diese ausbauen, damit mehr und schnellere Verbindungen flächendeckender angeboten werden können.

Der Ausbau des Radverkehrs ist eine wichtige Maßnahme, um die Mobilität und Umweltfreundlichkeit aber auch den Tourismus in Brandenburg zu verbessern. Dabei erkennen wir sowohl beim Ausbau des Alltagsradverkehrs wie auch beim touristischen Radverkehr große Potenziale.

Unsere Ziele:

- Kostenfreier ÖPNV für Schulkinder und Azubis.

- Die Einführung von verkehrsberuhigten Zonen und anderen Maßnahmen zur Förderung von Fußgänger- und Fahrradverkehr in Wohngebieten verbessert die Lebensqualität und Verkehrssicherheit vor Ort. Ein allgemeines Tempo 30 Limit in Ortslagen lehnen wir hingegen ab. Gleiches gilt für ein Tempolimit von 120 auf Autobahnen.

- Die Förderung von Carsharing-Angeboten sowie die Schaffung von Mitfahrgelegenheits-Plattformen erleichtern es den Menschen, Fahrzeuge gemeinsam zu nutzen.

- Eine bessere Anbindung durch Bahnen und Busse in ländlichen Gebieten ermöglichen mehr Menschen den Zugang zum ÖPNV.

- Bahnstrecken reaktivieren, um weitere Regionen an das Schienennetz anzuschließen.

- Wir streben generell eine Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren für Verkehrsprojekte an.

- Wir wollen die Attraktivität von Bahnhöfen erhöhen. Menschen müssen sich in ihnen rund um die Uhr sicher fühlen können.

- Der Ausbau barrierefreier Zugänge zu Bahnhöfen und Haltestellen sowie die Anpassung von Fahrzeugen für Menschen mit eingeschränkter Mobilität erleichtern die Nutzung des ÖPNV für alle.

- Eine bessere Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern wie Bus, Bahn, Fahrrad und Carsharing wird die Flexibilität und Attraktivität des ÖPNV erhöhen.

- Wir stehen zum Deutschlandticket. Weitere Preissenkungen für bestimmte Zielgruppen könnten noch mehr Menschen dazu bringen, den ÖPNV zu nutzen.

- Verbesserung der Fahrradparkplätze: Die Schaffung von sicheren und gut zugänglichen Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, Haltestellen, Einkaufszentren und anderen öffentlichen Orten erleichtert es den Menschen, das Fahrrad als Verkehrsmittel zu nutzen.

- Der Ausbau von sicheren und gut ausgebauten Radwegen sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten ist entscheidend.

- Verkehrssicherheit für Radfahrerinnen und Radfahrer insbesondere auf den Schulwegen verbessern.